D450 HILDEBRAND, Gerhard.
H54 Sozialistische Auslands-
politik.

LIBRARY
UNIVERSITY OF CALIFORNIA
RIVERSIDE

Staatsbürgerliche Flugschriften

LIBRARY
UNIVERSITY OF CALIFORNIA
RIVERSIDE

Gerhard Hildebrand
Sozialistische Auslandspolitik

Herausgegeben von Hanns Dorn

IDH 29083 34

Gerhard Hildebrand

Sozialistische Auslandspolitik

Betrachtungen
über die weltpolitische Lage anläßlich
des Marokko-Streites

1. bis 4. Tausend
Verlegt bei Eugen Diederichs in Jena 1911

Z. XI.

D450
H54

Vorwort

Die hiermit der Öffentlichkeit übergebene Schrift kommt infolge mehrfacher unvorhergesehener Verzögerungen um drei Wochen später, als sie ursprünglich kommen sollte. Was sie zum Schluß als aktuelle Aufgabe der deutschen Sozialdemokratie bezeichnet, ist in Jena von der obersten, Richtung weisenden Instanz der Partei einmütig abgelehnt worden. Auch solche Mitglieder des Parteitages, die früher häufig genug einer veränderten Haltung der Sozialdemokratie in kolonialpolitischen Fragen das Wort geredet haben, beschränkten sich diesmal darauf, einer dem Wortlaut nach lediglich gegen kapitalistische, militaristische und chauvinistische Sonderbestrebungen gerichteten und nach dieser Richtung hin sachlich berechtigten Protestresolution unter wohlberechneter Ablehnung gründlicherer Debatte zuzustimmen. Gewiß hat kein anderer als August Bebel in seiner Rede zur Begründung dieser Resolution angedeutet, daß mit einem solchen Protest das Marokko-Problem nicht gelöst sei. Er hat durchblicken lassen, daß seiner Auffassung nach Marokko einer großen Entwicklung fähig sei, und daß auch für Deutschlands Handel große Vorteile in Aussicht ständen, „wenn in der Tat mit den geeigneten Mitteln, gegen die wir auch, wenn sie die rechten wären, nichts einzuwenden hätten, die Kolonisation Marokkos betrieben würde". Bebel hat weiter ausdrücklich hervorgehoben, daß auch die Sozialdemokraten das natürliche Verlangen hätten, „daß Deutschlands Handel und Deutschlands industrielle Entwicklung unter den gleichen Bedingungen in Marokko sich vollziehen kann wie die jedes anderen Staates, daß also alle Staaten unter voller Gleichberechtigung in Marokko ihre Interessen vertreten dürfen, daß keiner dem anderen vorgezogen wird, keiner seine Stellung mißbraucht, um die andern zurückzudrängen". Bebel hat implicite sogar die deutsch-französischen Kompensationsverhandlungen als einen möglichen Weg zum Ausgleich der deutschen und französischen Interessen bezeichnet. Aber die Resolution selbst enthält kein noch so kleines Körnchen der Anerkennung dafür, daß das monopolistische Ausdehnungsstreben Frankreichs und Englands auf die Dauer zu einer verhängnisvollen

Schwächung der wirtschaftlichen Bewegungsfreiheit Deutschlands führen muß und daß deshalb Deutschland und die deutsche Arbeiterklasse ein Interesse daran haben und gezwungen sind, sich dieser Politik entgegenzusetzen und auf die Gleichberechtigung oder Mitberücksichtigung Deutschlands zu dringen. Und der Sprecher der Revisionisten in dieser Frage, Eduard David, hat seinen Antrag auf Schluß der Debatte ausdrücklich damit begründet, daß eine Diskussion „nur geeignet wäre, den Eindruck unserer Marokkokundgebung in der gegenwärtig vorliegenden aktuellen Frage nach außen abzuschwächen". Das heißt, er hat die Protestkundgebung gegen kapitalistische, militaristische und chauvinistische Sonderbestrebungen für ausreichend, für stark, für allein aktuell gehalten und nicht die Verpflichtung gefühlt, sie durch Betonung des deutschen Anspruchs auf Gleichberechtigung und Mitberücksichtigung zu ergänzen. Dies war für ihn keine vorliegende, aktuelle Frage, die zur Stellungnahme nötigte. Darum kommt die vorliegende Schrift auch gerade jetzt hinter dem Parteitag noch recht. Sie soll von neuem für den Gedanken werben, daß auch vom sozialistischen Standpunkt aus die Sicherung kolonialer Domänen eine aktuelle wirtschaftliche Notwendigkeit wie für die übrigen westeuropäischen Industriestaaten so für Deutschland geworden ist, und daß, solange sozialistische Grundsätze in der Verteilung des Kolonialbesitzes nicht durchdringen können, wir Deutschen als die gegenüber Frankreich und England stark Benachteiligten, als die von Frankreich und England Jahrzehnte hindurch Zurückgedrängten, im Notfall einmütig für die Durchsetzung der dauernden Lebensinteressen unseres Volkes einzustehen haben.

Solingen, 22. September 1911

Der Verfasser

Sozialistische Grundsätze der Auslandspolitik

Der Marokkostreit von 1911 ist nur die akute Zuspitzung von Interessengegensätzen, die aus der nationalistischen und kapitalistischen Behandlung internationaler Fragen mit Notwendigkeit immer wieder hervorbrechen müssen. Er ist bei weitem nicht die erste und voraussichtlich auch noch lange nicht die letzte Zuspitzung dieser Art. Nationalistisch ist die Behandlung internationaler Fragen, wenn sie darauf ausgeht, ohne Rücksicht auf die Rechte und Bedürfnisse anderer für die eigene Nation unter allen Umständen und mit allen verfügbaren Mitteln so viele Vorteile wie irgend möglich herauszuschlagen. Kapitalistisch wird sie, sobald es sich dabei nicht einmal um die Vorteile der gesamten Nation dreht, sondern nur um die Sondervorteile der herrschenden Kapitalistenklasse oder gar einzelner Kapitalistengruppen. Sozialistisch ist die Behandlung internationaler Streitfagen, sobald sich die Beteiligten zum obersten Grundsatz machen, die natürlichen und dauernden Lebensbedürfnisse der Gesamtheit vor allen Sonderinteressen zu berücksichtigen und im Rahmen der allgemeinen Entwicklungsbedingungen den einzelnen Teilen zu ihrem Recht zu verhelfen. Die Wirklichkeit der internationalen Interessenschichtungen ist so kompliziert, daß nationalistische, kapitalistische und sozialistische Regelung internationaler Fragen unter Umständen nur in leisen Schattierungen voneinander abweichen. Wer dem Einfluß gewisser Schlagworte unterliegt (und auch unsere drei Begriffe können im Handumdrehen zu Schlagworten verwandelt werden), wird vielfach überhaupt nicht unterscheiden können, wo das eine aufhört und das andere anfängt. Solange das gesamte Wirtschaftsleben der Kulturnationen und namentlich der Industriestaaten vorwiegend an kapitalistische Formen gebunden ist, kann es vorkommen, daß eine bestimmte Kapitalistengruppe mit ihren Interessen zugleich die Interessen der ganzen Nation vertritt, und daß die Interessen dieser Nation berechtigte Interessen im Rahmen der natürlichen und dauernden Lebensbedürfnisse der Gesamtheit sind. In solchem Fall kann durch eine schlagwortmäßige Behandlung der Dinge in der öffentlichen Erörterung die größte Verwirrung angestiftet werden. Die Aufstachelung ka-

pitalistischer und nationalistischer Instinkte kann den Weg zum Verständnis und damit zur Verständigung ebensosehr erschweren wie das Donnergepolter mit antikapitalistischen und antinationalistischen Knallbomben, die als wirksame Geschosse in vermeintlicher Verfechtung sozialistischer Grundsätze hinausgeschleudert werden. Die sehr ernsthafte Wirkung solcher Kanonaden ist, daß den weniger Unterrichteten die Bildung eines besonnenen und rein sachlich bestimmten Urteils unmöglich gemacht wird, und daß sich die Gruppen, die in der augenblicklichen Situation zusammen gehören, durch alles Gedröhn hindurch überhaupt nicht mehr gegenseitig verständlich machen können.

Eine erneute Untersuchung der Marokkofrage hat daher überhaupt nur dann einen Zweck, wenn sie sich bedingungslos an die allgemeinen wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Notwendigkeiten der Gesamtentwicklung hält, und wenn es ihr gelingt, die wirklich entscheidenden Triebkräfte, die wirklich berechtigten Interessen, die wirklich möglichen Lösungen zu finden und zu veranschaulichen. Das heißt, sie muß die internationalen Probleme der Gegenwart vollständig aufrollen und im Zusammenhang darstellen, muß zugleich wissenschaftlichen und programmatischen Charakter tragen.

Was die deutsche Sozialdemokratie und die ihr verbündeten englischen und französischen Bruderparteien bisher im Marokkostreit von 1911 wie bei früheren ähnlichen Anlässen gefordert haben, die bedingungslose Erhaltung des Weltfriedens, schließt eben durch das Beiwort „bedingungslos" die Möglichkeit einseitiger und daher unsozialistischer Regelung in sich ein. Es ist gar keine Frage, daß die dauernde Erhaltung des Friedens zwischen den Kulturnationen eines der wichtigsten Ziele sozialistischer Politik sein muß. Darin besteht ja gerade der Charakter der sozialistischen Politik, daß sie auf dem Wege der friedlichen Verständigung, auf dem Wege also der freiwilligen Anerkennung und Beachtung gegenseitiger Lebensbedürfnisse von seiten der staatlichen Organisationen, eine ungestörte Entwicklung des Ganzen und seiner einzelnen Teile herbeiführen will. Aber die friedliche Verständigung ist doch nur Mittel zum Zweck, und der Zweck ist die Entwicklung des Ganzen durch die Entwicklung seiner einzelnen Teile. Kein Volk, das in seiner eigenen Entwicklung bedroht oder ungebührlich eingeschränkt

wird, braucht sich um des lieben Friedens willen die allmähliche, im einzelnen oft fast unmerkliche, aber im Gesamteffekt schließlich mörderische Einschnürung seiner wirtschaftlichen Bewegungsfreiheit widerstandslos gefallen zu lassen. Das wäre kein sozialistischer Grundsatz, sondern feige Selbstverurteilung zu einem schmählichen Schicksal. Wenn daher die Internationale der Arbeiter für einen sozialistischen Frieden eintreten will, so kann sie es nur unter Feststellung sozialistischer Friedensbedingungen. Danach aber haben alle nationalen Gruppen der Arbeiterbewegung die Pflicht, unter Aufbietung aller verfügbaren Mittel, in Gemeinschaft mit oder im Gegensatz zu den übrigen Teilen ihrer Nation, für die Durchführung der sozialistischen Friedensbedingungen einzutreten.

Nur auf diese Weise und nicht durch die Beschränkung auf allgemeine Friedenskundgebungen ohne jede Berücksichtigung der tatsächlich berechtigten und bedrohten Interessen lassen sich sozialistische Grundsätze auf dem Gebiet der internationalen Politik fruchtbar machen. Hier den Kern von der Schale, das Wesentliche von den Übertreibungen, das sozialistisch Notwendige von dem nationalistisch oder kapitalistisch Zufälligen zu trennen, ist die unabweisbare Vorbedingung aller weiteren politischen Aktionen im Interesse des Weltfriedens und zugleich der dauernd gesicherten Wohlfahrt der beteiligten Völker. Die Marokkofrage ist nicht nur ein einfacher Streit um die Beute, obwohl ihre bisherige Behandlung durch einige Kapitalistengruppen und Staaten ihr äußerlich das Gepräge eines solchen Streites gegeben hat. Ein Streit um die Beute ist es, wenn sich die Bewohner dünn besiedelter Länder Südamerikas, die innerhalb ihres staatlichen Grenzwalles Platz genug und übergenug zu friedlicher Kulturarbeit haben, um den Besitz entlegener Grenzprovinzen raufen. Wenn aber die auf engem Raum zusammengedrängten Hauptvölker Westeuropas oder die ähnlich eingeklemmten Japaner zum Zweck möglichster Sicherung ihres Bedarfes an ausländischen Rohstoffen die Hand auf rückständige, mit natürlichen Reichtümern ausgestattete, aber aus eigener Kraft ihrer Bewohner nicht entwicklungsfähige Länder legen, dann ist das zunächst einmal eine geschichtliche, weltwirtschaftliche und politische Notwendigkeit, auf deren Durchsetzung alle bisherige und noch auf lange hinaus ein großer

Teil der zukünftigen Kulturentwicklung beruht. Europa könnte seine heutigen Bevölkerungsmassen nur auf viel tieferer Kulturstufe ernähren, wenn es nicht seit Jahrhunderten Kolonialpolitik betrieben hätte. Der weitere kulturelle Aufstieg seiner Bevölkerungsmassen erfordert nicht allein eine immer bessere Verteilung der im Innern vorhandenen Verzehrsgüter und eine immer vollkommenere Ausnutzung der eigenen Produktivkräfte, sondern daneben auch eine Sicherung der ausländischen Wirtschaftsbeziehungen. Diese Sicherung ist angesichts der Neigung aller großen ausländischen Produktionsgebiete, von einem bestimmten Entwicklungsgrad an mehr und mehr ihrem eigenen Schwergewicht zu folgen und sich industriell so unabhängig wie möglich zu machen, auf die Dauer nur durch die feste Einbeziehung kolonialer Domänen ohne selbständige Entwicklungsfähigkeit in das europäische Wirtschaftsgefüge einigermaßen ausreichend zu gewinnen. Die Einbeziehung kann aus nationalistischen, kapitalistischen oder sozialistischen Triebkräften heraus erfolgen, notwendig ist sie in jedem Fall. Eine sozialistische Regelung aber setzt die Berücksichtigung aller vorhandenen Bedürfnisse, aller im Rahmen des Ganzen berechtigten Ansprüche voraus.

Will man Klarheit über das Maß der Bedürfnisse und die Berechtigung der Ansprüche gewinnen, so muß man sich zunächst über die Lebensinteressen der Industriestaaten, sodann über die Bedeutung der Kolonien für die Industriestaaten, über Umfang und Wert der verfügbaren Kolonisationsgebiete, endlich über die bisher tatsächlich befolgten und die sozialistisch haltbaren Grundsätze bei der Verteilung kolonialer Gebiete Klarheit verschaffen. Dieser Aufgabe wollen die im folgenden niedergelegten Untersuchungen an ihrem Teil zu dienen bemüht sein.

Die Lebensinteressen der Industriestaaten

Marx und Engels haben Ende 1847 im Kommunistischen Manifest von den weltwirtschaftlichen Taten des Kapitalismus eine Schilderung entworfen, die noch heute Aufmerksamkeit verdient. Darin heißt es unter anderm: „An die Stelle der alten, durch Landeserzeugnisse befriedigten Bedürfnisse treten neue, welche die Produkte der entferntesten Länder und Klimate zu ihrer Befriedigung erheischen. An die Stelle der alten lokalen und nationalen Selbstgenügsamkeit und Abgeschlossenheit tritt ein allseitiger Verkehr, eine allseitige Abhängigkeit der Nationen voneinander." Und einige Zeilen weiter: „Die Bourgeoisie reißt durch die rasche Verbesserung aller Produktionsinstrumente, durch die unendlich erleichterten Kommunikationen alle, auch die barbarischen Nationen in die Zivilisation. Die wohlfeilen Preise ihrer Waren sind die schwere Artillerie, mit der sie alle chinesischen Mauern in den Grund schießt, mit der sie den hartnäckigsten Fremdenhaß der Barbaren zur Kapitulation zwingt. Sie zwingt alle Nationen, die Produktionsweise der Bourgeoisie sich anzueignen, wenn sie nicht zugrunde gehen wollen; sie zwingt sie, die sogenannte Zivilisation bei sich selbst einzuführen, d. h. Bourgeois zu werden. Mit einem Wort, sie schafft sich eine Welt nach ihrem eigenen Bilde."

Die hier auf Grund ihrer Anfangsstadien und in wesentlich richtiger Erkenntnis der sie schaffenden Triebkräfte (nämlich des kapitalistischen Profitbedürfnisses) vorausgesagte Abhängigkeit aller von allen ist noch heute nicht voll verwirklicht. Die internationale Verkehrswirtschaft und der Anschluß der „Barbaren" an sie ist immer noch im Stadium des Werdens. Vor allem ist auch noch längst nicht der Zustand erreicht, in dem die nach Marx und Engels lebensfähigen Nationen („wenn sie nicht zugrunde gehen wollen") wirklich im vollen Umfang selbst „Bourgeois" geworden sind, d. h. selbst die kapitalistische Produktionsweise und damit vor allem die Industrie bei sich eingeführt haben. Aber innerhalb dieses fortdauernden Werdeprozesses hat sich noch eine besondere Entwicklung vollzogen, die Marx und Engels bis zu ihrem Ende nicht beachtet haben und die deshalb auch von ihren Epigonen voll-

ständig geleugnet oder richtiger totgeschwiegen wird. Die „allseitige Abhängigkeit der Nationen voneinander" ist nämlich keineswegs bloß eine rein wechselseitige geworden, bei der es durchweg nach dem Sprichwort „Mitgehangen, mitgefangen" geht, sondern sie hat bei den zurzeit entwickeltsten Industrieländern einen Charakter angenommen, der von der weltwirtschaftlichen Abhängigkeit der wichtigsten Agrarländer scharf zu unterscheiden ist. Die entwickeltsten und bevölkertsten Industrieländer sind nämlich weit über das weltwirtschaftliche Normalmaß hinaus dauernd und unwiderruflich von der Versorgung mit ausländischen Bauernprodukten und zum Teil auch Montanstoffen abhängig geworden, die heute wichtigsten Agrarländer dagegen sind ihrer großen Mehrzahl nach imstande, je nach dem Tempo ihrer Bevölkerungszunahme ihre Abhängigkeit von den Industrieländern zu vermindern und sich in wesentlichen Stücken zur industriellen Eigenversorgung aufzuschwingen.

Dieser fundamentale Unterschied in den Lebensbedingungen der Industrieländer und der Agrarländer wird weder von den Gegnern einer wirksamen Agrarpolitik, noch von den Gegnern einer wirksamen Kolonialpolitik überhaupt beachtet, geschweige denn in seiner vollen Bedeutung gewürdigt. Das war begreiflich und entschuldbar, solange die Vereinigten Staaten von Nordamerika fast alljährlich mit wachsenden Agrarlieferungen auf den Weltmarkt kamen. Mit dem Beginn des Jahrhunderts hat aber ihre industrielle Eigenentwicklung so reißende Fortschritte gemacht, ihr Überschuß an Agrarprodukten so stark nachgelassen, daß es ein Beweis hoffnungsloser Verbohrtheit und verhängnisvoller Verblendung wäre, wollten die Gegner einer systematischen industriestaatlichen Agrar- und Kolonialpolitik nun nicht gründlich umlernen. Denn auch der nächstwichtigste Versorger der westeuropäischen Industriestaaten mit Agrarprodukten, Rußland macht die größten Anstrengungen, dem nordamerikanischen Beispiel zu folgen, mehr und mehr zur industriellen Eigenversorgung überzugehen und dadurch schließlich seinen Überschuß an Bauernprodukten wesentlich zu vermindern. Die allgemeinen Triebkräfte und Bedingungen dieser Entwicklung und ihre möglichen Folgen für alle auf fremde Bauerngrundlagen angewiesenen Industriestaaten habe ich in meinem Buch „Die Erschütterung der Industrieherrschaft und des Industriesozialismus" aus-

führlich darzustellen versucht, das im Herbst 1910 bei Gustav Fischer in Jena erschienen ist. Hier handelt es sich darum, die kolonialwirtschaftlichen Lebensbedingungen der Industriestaaten noch eingehender und mit besonderer Bezugnahme auf die kolonialpolitischen Rivalitäten der Beteiligten zu behandeln. Nur einige Hauptgedanken aus der erwähnten Schrift müssen mit inzwischen neu zugänglich gewordenem Anschauungsmaterial kurz wiederholt und in Einzelheiten ergänzt werden.

Die Abhängigkeit der westeuropäischen Industriestaaten von der ausländischen Bauerngrundlage wächst um so schneller, je stärker ihre Gesamtbevölkerung und innerhalb der Gesamtbevölkerung der nichtagrarische Teil anschwillt. Tatsächlich ist trotz aller europäischen Auswanderung die westeuropäische Bevölkerungszunahme größer als das nordamerikanische Wachstum (trotz aller europäischen Zuwanderung). Die drei großen Länder Nordamerikas haben im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts rund 20 Millionen Menschen gewonnen, die westliche Hälfte Europas (also mit Ausschluß Rußlands und der Balkanstaaten) dagegen 23,8—9 Millionen. Die genaue Zahl wird sich erst feststellen lassen, wenn die Ergebnisse der 1911er Volkszählungen aus Dänemark, Frankreich und Italien vorliegen. Vorläufig ist die Menschenmenge Westeuropas auf 289,31 Millionen gegen 265,45 Millionen vor zehn Jahren einzuschätzen. Um 1920 werden 313 Millionen, um 1930 mindestens 336 Millionen erreicht und überschritten werden, wenn die weltwirtschaftliche Entwicklung den westeuropäischen Industrialismus so lange in ungeschwächter Kraft fortschreiten läßt. In Britisch-Ostindien und China leben ähnlich große Massen auf ähnlich begrenztem Raum, in weit kleinerem Maßstab auch in Japan und auf Java. Man braucht aber diese Namen nur zu nennen, um eine abschreckende Vorstellung von der Jämmerlichkeit einer Lebenshaltung zu gewinnen, die vornehmlich aus der agrarischen Nutzung des eigenen Bodens Nahrung und Gewinn zieht. Westeuropäische Volkskultur ist in jenen Ländern noch ein ganz unbekannter Begriff, und selbst den entwicklungsfähigsten von ihnen nur ein unendlich mühsam in Generationen langer Arbeit zu erreichendes Ziel. Je energischer aber die Japaner und ihnen nach die Chinesen diesem Ziel zustreben, um so notwendiger brauchen sie außer der Einführung der modernen Ackerbautechnik und außer der

industriellen Entwicklung auch noch eine geographische Ausdehnung ihrer Bauerngrundlage — d. h. die Zufuhr von ausländischen Agrarprodukten und letzten Endes die Sicherung kolonialer Domänen.

Das ist der Weg, den ihnen das Schicksal Westeuropas vorzeichnet. Denn für Westeuropa handelt es sich jetzt in allererster Linie darum, einmal die eigene Bauerngrundlage so stark wie möglich zu machen, zweitens die Versorgung mit ausländischen Bauernprodukten so gut wie möglich zu sichern. Wie lebhaft selbst bei verhältnismäßig günstiger Entwicklung der eigenen Agrarproduktion, und in wieviel höherem Grade von vornherein bei zurückgebliebener Leistungsfähigkeit der heimischen Landwirtschaft Bevölkerungszunahme und Industrialismus die Versorgungsbedürftigkeit von außen her in die Höhe schrauben, mag eine Übersicht über Siedelungsdichtigkeit und Einfuhrbedarf bei den größten und fortgeschrittensten westeuropäischen Industrieländern veranschaulichen. Es hatten (die Einfuhr nach dem Spezialhandel berechnet):

Deutschland:			Großbritannien:		
Jahr	Bewohner pro qkm	Einfuhr pro Kopf	Jahr	Bewohner pro qkm	Einfuhr pro Kopf
1880	83,7	63,— Mark	1881	111,6	('83:) 211 Mark
1890	91,5	86,45 „	1891	120,7	202 „
1900	104,2	107,20 „	1901	132,7	223 „
1910	120,0	138,50 „	1911	145,0	('10:) 261 „

Daß die Einfuhr der Industriestaaten, und das heißt je länger je mehr die Einfuhr aller Staaten der Westhälfte Europas, das agrarische Dänemark und Ungarn schließlich kaum noch ausgeschlossen, hauptsächlich in Nahrungs- und Genußmitteln, sowie in Rohstoffen für die verarbeitende Industrie besteht, ist eine bekannte Tatsache. Für Deutschland stellt sich das Verhältnis im letzten Jahre (1910) so, daß auf eine Gesamteinfuhr im Spezialhandel von 8934,1 Millionen Mark 5083,3 Millionen auf Rohstoffe für Industriezwecke einschließlich der Halbfabrikate, 2482,9 Millionen auf Nahrungs- und Genußmittel, sowie Vieh, und nur 1367,9 Millionen auf Fabrikate entfielen. Von den Roh-

stoffen besteht ein sehr großer Teil aus Agrarprodukten, und darunter wieder aus solchen tropischer und subtropischer Herkunft. So hatten wir im Jahre 1909 einen Einfuhrüberschuß an Rohstoffen, Nahrungsmitteln und Vieh im Betrage von 4873,8 Millionen Mark. Davon entfielen nach den Berechnungen von Professor Wohltmann („Der Tropenpflanzer", Januar 1911) 4010,6 Millionen auf die Mehreinfuhr an landwirtschaftlichen Stoffen, und darunter wieder 2346,7 Millionen an solchen tropischer und subtropischer Herkunft. Daneben kommen aber natürlich auch Montanstoffe in wachsender Menge aus tropischen und subtropischen Gebieten.

Durch diese Tatsachen wird der Weg klar vorgezeichnet, den Deutschland und die übrigen Industriestaaten Westeuropas zu gehen haben: Sie müssen sich ihre Rohstoffversorgung sichern, und das heißt, sie müssen positive Agrar- und Kolonialpolitik betreiben.

Solange der Trieb zur industriellen Verselbständigung bei den großen ost- und außereuropäischen Agrarländern noch nicht so entwickelt oder noch nicht so erfolgreich war, wie er schließlich in den Vereinigten Staaten von Nordamerika geworden ist, wie er daneben bei den großen englischen Selbstverwaltungskolonien, bei Rußland, bei Brasilien und Argentinien, in gewissem Umfang auch bei Mexiko und Britisch-Ostindien stark und erfolgreich zu werden verspricht, solange ferner Japan und China keine ernsthaften Ansprüche an die Versorgung mit ausländischen Agrarprodukten erhoben (aber sie werden es binnen einiger Jahrzehnte in gewaltigem Umfang tun), so lange konnte man in den Industrieländern Westeuropas hoffen und erwarten, ohne Kolonialpolitik oder ohne Agrarpolitik, oder selbst ohne beides auf der Grundlage des freien internationalen Handels alle Bedürfnisse der eigenen Volkswirtschaft zu befriedigen. Auch der Verfasser dieser Zeilen hat auf diesem Standpunkt gestanden und ihn namentlich in agrarpolitischen Fragen jahrelang öffentlich mit Entschiedenheit vertreten. Aber mit den Verhältnissen müssen sich auch unsere Ansichten ändern. Die weltwirtschaftliche Entwicklung der letzten zehn Jahre hat, sobald sie vollständig zu übersehen war, manche Illusionen zerstören müssen, und die kommende Entwicklung wird es noch allgemeiner tun. Der Einfuhrbedarf Westeuropas würde sich immer beschaffen lassen, wenn es den westeuro-

päischen Käufern nicht auf die Preise ankäme, die sie dafür zu bezahlen haben. Die industrielle Entwicklung der Agrarländer würde sich zugunsten ihrer Lebensmittel- und Rohstoffproduktion verlangsamen, wenn sie dabei dauernd ebensogute oder noch bessere Geschäfte machen könnten wie bei industrieller Eigenverwertung und Eigenversorgung. Aber indem sie diese aus Gründen, die bereits Friedrich List erkannt und dargestellt hat, in immer weiterem Umfang bevorzugen, indem sie durch ihre industriellen Erziehungszölle auch gegen ein Freihandelsland wie England die eigene Industrie soweit wie immer im Augenblick zweckmäßig begünstigen, beschränken sie den Industriestaaten die Möglichkeit, ihre Rohstoff- und Nahrungsmitteleinfuhr durch entsprechende Fabrikatausfuhr bezahlen zu können. In immer größerem Umfang bleiben nur noch die hochwertigen Qualitätserzeugnisse der auf lange Erfahrung und sorgfältige wissenschaftlich-technische Durchbildung gegründeten Feinindustrie als wettbewerbsfähige Ausfuhrgüter der Industriestaaten übrig. Maschinen exportierte Deutschland beispielsweise 1891 für 67,5 Millionen Mark, 1900 für 228,8 Millionen und 1910 für 500,4 Millionen Mark. Anilin- und andere Teerfarbstoffe wurden 1891 für 44,3 Millionen, 1900 für 77,3 und 1910 für 125,8 Millionen ausgeführt. Dagegen ist die Textilausfuhr viel schwächer und in den letzten fünf Jahren überhaupt nicht mehr gewachsen. Sie betrug in Millionen Mark:

	1906:	1910:
Baumwollwaren	393,5	365,1
Wollwaren	266,2	263,3
Seidenwaren	182,3	183,4

Und dies, obwohl der deutsche Gesamtexport im Spezialhandel gleichzeitig von 6361,2 Millionen Mark auf 7474,7 Millionen Mark in die Höhe gestiegen, daneben auch eine weitere starke Verteuerung von Baumwolle und Wolle vor sich gegangen ist. Durch den einseitigen Freihandel der Industriestaaten läßt sich weder ihre Lebensmittel- und Rohstoffversorgung, noch sehr viel weniger ihre Fabrikatausfuhr sichern. Die Agrarländer aber pfeifen auf den Freihandel, sobald und soweit sie die Möglichkeit eigener Industrieentwicklung vor Augen sehen.

Es entspricht unter diesen Umständen einfach den natürlichen, dringenden und dauernden Lebensinteressen Westeuropas, sich agrar- und kolonialpolitisch so vollständig wie möglich auf eigene Füße zu stellen. Eine Menschenmasse von 290—300 Millionen auf dem engen Raum der Westhälfte Europas muß das Recht beanspruchen, zurückgebliebene, dünnbevölkerte und aus der eigenen Kraft ihrer Bewohner nicht entwicklungsfähige Länder wie Afrika mit den Mitteln einer weit überlegenen Kultur zu kolonisieren. Und es entspricht natürlich ebensosehr dem Interesse der westeuropäischen Menschenmasse, daß dabei keine ausschweifenden Sondervorteile für einzelne ihrer Teile herausspringen. Die starke staatliche Zersplitterung Westeuropas hat jahrhundertelang das Entstehen solcher Sondervorteile begünstigt. Es ist an der Zeit, daß damit aufgeräumt wird, soweit es irgend ohne Verletzung geschichtlich erworbener und praktisch einstweilen vielleicht unentbehrlich gewordener Vorrechte geschehen kann. Es ist vor allem an der Zeit, daß neuentstandene und ständig wachsende Bedürfnisse der bisher Benachteiligten die ihnen vom sozialistischen Standpunkt aus gebührende Berücksichtigung finden.

Wir haben damit zu rechnen, daß die großen Lieferanten Westeuropas, namentlich die Länder gemäßigten Klimas und kaukasischer, aber auch mongolischer Rasse, im Laufe der Zeit immer stärker ihrem eigenen Schwergewicht folgen und sich zu selbständigen industriellen Zentren, d. h. zu Selbstverbrauchern ihrer Bauern- und Rohprodukte entwickeln werden. In der Geschichte der britischen Siedlungskolonien mit den jetzigen Vereinigten Staaten von Nordamerika an der Spitze läßt sich das etappenweise verfolgen. Kanada, Südafrika, Australien und Neuseeland sind vorläufig noch zu volksarm, um unter den heutigen weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Verhältnissen das Beispiel der Union augenblicklich im vollen Umfang wiederholen zu können. Aber jede halbe oder selbst Viertelmillion Menschen, die ihnen zuwächst, dient ihnen dazu, neben der Landwirtschaft und der bergbaulichen Rohstoffgewinnung auch ihre verarbeitende Industrie schrittweise zu entwickeln, und die bei allen vorhandene Neigung, gerade hierzu besondere Anstrengungen zu machen, muß in dem Augenblick von durchschlagenden Erfolgen gekrönt werden, in dem die absolute Höhe der Bevölkerungsziffer die industrielle Produktion für den Eigenbedarf auf großer Stufenleiter gestattet. In Rußland, Japan und China fehlt dazu nur noch die volle technische Durchbildung, mit deren Aneignung es aber seit dem Beginn des Jahrhunderts in Riesenschritten vorwärts geht. Brasilien und Mexiko stehen ihren Bevölkerungs- und Bildungsverhältnissen nach in der Mitte zwischen den englischen Selbstverwaltungskolonien und den osteuropäisch-asiatischen Hauptländern. Mexiko entwickelt sich wirtschaftlich und politisch mehr und mehr zu einer Dependenz der Vereinigten Staaten, aber Brasilien macht große und auf dem Gebiet wichtiger Massenbedarfsindustrien unverkennbar erfolgreiche Anstrengungen zur Herstellung eines eigenen industriellen Überbaus.

Unter diesen Umständen ist es für die westeuropäischen Industriestaaten eine zwingende Notwendigkeit geworden, alle denkbaren und erfolgversprechenden Anstrengungen zur Sicherung der eigenen Le-

bensmittel- und Rohstoffversorgung zu machen. Gewiß werden sie auch fernerhin von ihren bisherigen Lieferanten noch große Massen der benötigten Bauern- und Montanerzeugnisse kaufen können. Aber im Verhältnis zu ihrem schnell wachsenden Bedarf sind die Zufuhren durch die industrielle Eigenentwicklung der Lieferanten doch bedenklich und von Jahrzehnt zu Jahrzehnt in wachsendem Maße gefährdet. Man wird immer höhere Preise anlegen müssen, um die Lebensmittel- und Rohstoffländer zur Ausdehnung ihrer Bauern- und Montanproduktion anzureizen, und man wird immer mehr in Verlegenheit geraten, diese Preise wirklich bezahlen zu können, weil die Fabrikatausfuhr durch die industriellen Erziehungszölle der wichtigsten Rohstoffländer immer stärker auf hochwertige Qualitätserzeugnisse der Maschinenindustrie und ähnlich komplizierter Fabrikationszweige beschränkt wird, die eine außergewöhnliche Erfahrung und Schulung der Produzenten voraussetzen.

Was zur Sicherung und Steigerung der eigenen, heimischen Bauernproduktion in den westeuropäischen Industrieländern geschehen kann, muß im Rahmen dieser Arbeit unerörtert bleiben. Die Verhältnisse, die den Aufschwung der deutschen und Stagnation der britischen Agrarproduktion begründen, geben dafür wichtige Fingerzeige. Sicher ist auf alle Fälle, daß jede denkbare und erreichbare Steigerung der westeuropäischen Agrarproduktion eine unbedingte Notwendigkeit geworden ist, nicht weniger sicher aber auch, daß sie den schnell wachsenden Bedürfnissen unter keinen Umständen genügen kann: Schon aus dem einfachen Grunde nicht, weil sie zur Deckung des Riesenbedarfes an tropischen und subtropischen Nutzstoffen überhaupt nichts beitragen kann. Hier sind wir je länger je mehr auf die eigenen Kolonien angewiesen, genauer auf jene tropischen und subtropischen Länder, die ihrer geographischen Lage nach zum natürlichen Wirtschaftsgebiet West- und Südeuropas gehören, und die ihren Bevölkerungsverhältnissen nach sich fast durchweg als unfähig erwiesen haben, aus eigener Kraft den Anschluß an die internationale Verkehrswirtschaft zu gewinnen.

Diese Präzisierung ist wichtiger, wie sie auf den ersten Blick manchem erscheinen mag. Nicht alle tropischen und subtropischen Kolonien Westeuropas gehören bleibend zum europäischen Wirtschaftsgebiet. Die Lie-

ferungen Westindiens nehmen mehr und mehr den Weg nach Nordamerika. Kuba beispielsweise, wo das spanische Element immer noch bei weitem vorwiegt, exportierte 1908/09 für 115,64 Millionen Dollar, und davon für 99,97 Millionen nach den Vereinigten Staaten, für 2,43 Millionen nach den übrigen Ländern Amerikas. Im folgenden Jahr gingen von den Ausfuhrgütern im Gesamtwert von 144,04 Millionen Dollar für 122,20 Millionen nach der Union und für 3,07 Millionen nach dem übrigen Amerika. Die beiden zurzeit leistungsfähigsten Kolonien Englands in Westindien sind Jamaika und Trinidad. Die Ausfuhr Jamaikas ging 1907/08 zu 59 und 1908/09 zu 57,8% nach den Vereinigten Staaten, daneben zu 5,3 und 4,3% nach Kanada. Aber auch die Einfuhr der westindischen Inseln und der mittelamerikanischen Länder überhaupt geht mehr und mehr in die Hände der Vereinigten Staaten über. Trinidad und Tobago erhielten 1909 37% ihrer Einfuhr von England, 30,2% von der Nordamerikanischen Union, im folgenden Jahr 36,4% von England, 33,5% von den Vereinigten Staaten. „Während der Prozentsatz der Importe aus den Vereinigten Staaten gewachsen ist," bemerkt dazu der Annual Report für 1910, „hat der aus dem Vereinigten Königreich von Jahr zu Jahr etwas abgenommen." Gilt das schon für die wichtigsten britischen Kolonien, so erst recht für die unabhängigen, aber meistens stark unter dem Einfluß der Vereinigten Staaten stehenden Randländer des Karaibischen Meeres. Costa Rica bezog 1907 44,99%, 1908 46,50% und 1909 bereits 55,26% seiner Einfuhrgüter aus den Vereinigten Staaten. Haiti bezog 1907/08 3,21 von 4,56 Millionen, 1909/10 4,24 von 6,10 Millionen Dollar Warenwert aus der Union. Aus Venezuela berichtet der britische Vizekonsul in Caracas: „Im Jahre 1908/09 kamen 30,5% aller Importe aus dem Vereinigten Königreich und 29% aus den Vereinigten Staaten. Die Positionen sind nun gewechselt worden, die Vereinigten Staaten stehen jetzt (1909/10) an der Spitze mit 32,6% und das Vereinigte Königreich an zweiter Stelle mit 26,9%. Dies war aus verschiedenen Gründen zu erwarten. Die Vereinigten Staaten haben seit einigen Jahren sehr entschiedene Anstrengungen gemacht, auf den Märkten der lateinisch-amerikanischen Republiken festen Fuß zu fassen, und scheinen auf dem besten Wege zu sein, ihr Vorhaben in Venezuela zu erreichen. Die verhältnismäßige

Nähe der Vereinigten Staaten im Vergleich mit dem Vereinigten Königreich gibt ihren Kaufleuten und Fabrikanten einen beträchtlichen Vorteil über ihre britischen Wettbewerber, in der Gestalt geringerer Frachten und größerer Schnelligkeit bei der Ausführung von Aufträgen." Dies gilt ganz allgemein für alle Länder von Mexiko bis Brasilien einschließlich.

Auf der anderen Seite geraten die Länder nordöstlich und östlich des Indischen Ozeans immer mehr in die wirtschaftliche Einflußzone Ostasiens und Australasiens, deren handelsmagnetische Kraft fortgesetzt wächst. Aber auch Amerika greift über den Großen Ozean hinweg diese vorläufig wichtigsten tropisch-subtropischen Versorgungsquellen Westeuropas immer stärker an. Das zeigt sich nicht nur bei Französisch-Indochina und den Philippinen, sondern sehr merkbar auch schon bei Siam und Holländisch-Indien, und nicht zuletzt bei Britisch-Ostindien. So ergab sich im britisch-indischen Überseehandel der bisher stärksten Ausfuhrjahre 1907/08 und 1909/10 eine bunte Reihe der wichtigsten Ausfuhrländer, die an Anschaulichkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Es erhielten nämlich, nach dem Wert der Lieferungen in Rupien gerechnet:

	1907/08:	1909/10:
Großbritannien	449 047 075	486 716 082
China	149 832 719	184 509 877
Deutschland	202 405 061	178 933 851
Vereinigte Staaten	135 182 762	143 068 185
Japan	88 707 511	125 359 087
Frankreich	115 046 394	119 331 803
Belgien	91 456 362	101 732 795
Ceylon	62 509 169	68 765 326
Österreich-Ungarn	63 519 518	64 648 757
Straits Settlements	68 202 208	60 118 608
Italien	55 426 691	59 816 933
Südamerika	36 361 531	28 871 770
Australien	26 166 326	27 169 017
Holland	25 281 704	23 798 198

Trotz außerordentlich starker Steigerung des britisch-indischen Überseehandels zumal seit dem Beginn des Jahrhunderts geht andauernd

nicht viel mehr als die Hälfte der Ausfuhren nach Europa, und in den Überlandausfuhren nach Innerasien nehmen die Fabrikate europäischer Herkunft ständig zugunsten indischer Produkte und Manufakturen ab.

Entscheidende Wandlungen sind im Osten natürlich erst zu erwarten, wenn der chinesische Koloß zu voller handelswirtschaftlicher Aktivität übergeht. Dann werden sie aber auch so sicher kommen und so einschneidend sein, daß wir schon jetzt alle Ursache und der Generation des mittleren Jahrhundertdrittels gegenüber die unabweisbare Pflicht haben, uns darauf vorzubereiten. Diese Vorbereitung aber hat in erster Linie in der Erschließung Vorderasiens und Afrikas zu bestehen, denn was sonst noch vorhanden ist, das tropisch-subtropische Südamerika und Australien nämlich, entzieht sich je länger je vollständiger dem direkten Einfluß Europas.

Über die wirtschaftliche Entwicklungsfähigkeit Afrikas kann heute kaum noch gestritten werden. Fraglich ist höchstens ihr Tempo und der Grad der kulturell-politischen Entwicklungsfähigkeit seiner Bewohner.

Daß es mit den afrikanischen Lieferungen in den letzten Jahren stark vorwärts gegangen ist, mögen die folgenden Ziffern (nach Hübner-Juraschecks Geographisch-Statistischen Tabellen 1907 bis 1911) in Kürze veranschaulichen. Der Handel Afrikas betrug in Millionen Mark:

	Einfuhr	Ausfuhr
1904	2594,5	2080,9
1905	2340,1	1966,3
1906	2455,5	2334,1
1907	2420,7	2570,3
1908	2319,2	2406,4
1909	2550,9	2698,9

Die Angaben sind durchweg nicht korrekt, weil für eine Anzahl von Kolonien und Staaten regelmäßig ältere Ziffern eingefügt werden mußten. Für den Zweck allgemeinster Orientierung genügen sie aber. Es versteht sich, daß Transvaal, Ägypten, Algier und Kapprovinz vorläufig noch den weitaus größten Teil der afrikanischen Lieferungen leisten, so im Jahre 1909 rund 1800 Millionen Mark. Aber die restlichen 900 Millionen Mark setzen sich doch fast durchweg aus sehr zunahmefähigen An-

fangslieferungen zusammen, und es liegt nicht der mindeste Grund zum Zweifel daran vor, daß sie sich bei geordneten Verkehrs- und Wirtschaftsverhältnissen binnen absehbarer Zeit auf das Zehnfache steigern lassen. Die gesamtafrikanischen Einfuhrziffern unserer Übersicht beweisen, daß die Aufwendungen zur Erschließung der afrikanischen Kolonialgebiete keineswegs zugenommen haben. Dagegen ist längst noch nicht alles, was an Verkehrs- und Produktionsmitteln das afrikanische Einfuhrkonto unverhältnismäßig belastete, in das Stadium voller Ertragsfähigkeit getreten. Aber gerade in den allerletzten Jahren haben sich die Lieferungen zahlreicher tropisch-afrikanischer Kolonien ganz merklich gehoben. Es sollen dafür nur wenige Beispiele gegeben werden.

Die Ausfuhr aus Französisch-Westafrika (Senegal, Obersenegal und Niger, Französisch-Guinea, Elfenbeinküste und Dahomey) betrug:

1907	3 217 100	Pfund Sterling
1908	3 380 035	„ „
1909	4 393 278	„ „
1910	4 984 770	„ „

Das sind zuletzt bereits nahe an 100 Millionen Mark gewesen, obwohl die Verkehrserschließung gegenüber dem Notwendigen noch in den Anfängen steckt und die Franzosen überhaupt kein sehr großes Geschick darin besitzen, die Produktivkräfte ihrer Tropenkolonien zu entwickeln. Es ist aber sicher, daß allein durch die jetzt geplanten großen Bahnbauten, die alle Hauptgebiete des französischen Westafrikas miteinander, mit dem Niger und mit der Küste in Verbindung bringen sollen, die Ausfuhr in jetzt noch unberechenbarem Maße gesteigert werden kann.

Ähnlich steht es in den deutschen Kolonien Afrikas, deren letzte Ausfuhrwerte wir hier in Millionen Mark zur Darstellung bringen:

	1904:	1906:	1908:	1909:	1910:
Togo	3,55	4,20	6,89	7,37	7,22
Kamerun	8,02	9,95	12,16	15,70	19,92
Ostafrika	8,95	10,99	10,87	13,12	20,81
Südwestafrika	0,30	0,38	7,79	22,07	34,69
zusammen	20,82	25,52	37,73	58,26	82,64

Das sind doch wesentliche Fortschritte, die angesichts des gewaltig anschwellenden Bedarfs an tropischen und subtropischen Nutzstoffen zu entschlossener Weiterarbeit auffordern. Wird auch der Diamantensegen, der vorläufig den Hauptteil der südwestafrikanischen Ausfuhrwerte liefert, möglicherweise sehr bald wieder nachlassen, so bringt er doch wenigstens vorübergehend bedeutende Mittel zur weiteren Erschließung der durch ungeschickte Kriegspolitik so traurig heruntergekommenen Kolonie.

Was den dauernden Hauptwert der afrikanischen Kolonien für West- und Südeuropa ausmacht, ist: einmal ihre geographische Lage, die den Erdteil zur natürlichen Domäne der europäischen Industriestaaten bestimmt und die wirksame Geltendmachung einer Art westeuropäisch-afrikanischen Monroedoktrin gestattet; zweitens ihre starke tropisch-subtropische Ausdehnung, die auf die Dauer eine volle Entschädigung für alle etwaigen und wahrscheinlichen west- und ostindischen Ausfälle erhoffen läßt; drittens die sehr ansehnliche Bevölkerung von (nach Hübner-Juraschek 1911) 138,2 Millionen Menschen, die sich nach allen mit Negern und Nordafrikanern gemachten Erfahrungen bei durchgreifender Verkehrseinbeziehung und geregelter Verwaltung sehr schnell vermehren wird; viertens endlich die eigentümliche Veranlagung des Hauptteils dieser Menschen, die es im hohen Grade unwahrscheinlich macht, daß starke Neigungen und Fähigkeiten zur Industrie und damit zur industriellen Verselbständigung hervortreten. Das sind vom Standpunkt der westeuropäischen Industriestaaten aus gesehen vier sehr bedeutende Aktivposten, zu deren Ausnutzung angesichts der allgemeinen weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Entwicklungstendenzen auch große Aufwendungen nicht gescheut werden dürfen.

Das nächst Afrika größte Tropengebiet der Erde, das hauptsächlich brasilianische Südamerika, wird schon infolge fast absoluten Menschenmangels nur sehr langsam der weltwirtschaftlichen Bedarfssteigerung nachkommen können. Wenn es im Verein mit den übrigen amerikanischen Tropenländern den Bedürfnissen der nord- und südamerikanischen Länder gemäßigten Klimas dauernd genügen könnte, würde schon sehr viel gewonnen sein.

Beiläufig versteht es sich von selbst, daß mit den hier vorgebrachten

Erwägungen nicht im entferntesten einer mechanisch-geographischen Abschließungstheorie der drei großen wirtschaftsgeographischen Gruppen Amerika, Westeuropa-Afrika und Ostasien-Ostindien das Wort geredet werden soll. Ein starkes und im allgemeinen ständig wachsendes Herüber-Hinüber zwischen allen größeren Länderkomplexen der Erde ist die ganz unbezweifelbare Fortsetzung der weltwirtschaftlichen Anfänge des 19. Jahrhunderts. Ebensogut wie wir auch in Zukunft aus dem Osten und Westen wesentliche Lieferungen zu erwarten haben, ebenso wird auch aus Europa und dem zu Europa gehörigen afrikanischen Süden in Zukunft eine Fülle von Werten nach dem Osten und Westen der bewohnten Erde abströmen. Unsere Darlegung bezweckt neben der Veranschaulichung der weltwirtschaftlichen Bedarfssteigerung und der sich im Gesamtgefüge der Weltwirtschaft noch besonders herausbildenden und abhebenden Gruppierungen einmal die Verdeutlichung dessen, daß die tropisch-kolonisatorischen Aufgaben der Westeuropäer in erster Linie in Afrika liegen, zweitens daß sie auf die Dauer der Zeit ebenso lohnend wie notwendig sind, und drittens, daß in der Tat in Afrika für unsere Versorgung weit größere Sicherheiten liegen als in Amerika oder in Ostindien, wo wir weder wirtschaftsgeographisch noch politisch so günstig stehen wie im „dunklen Erdteil".

Die amerikanischen Staaten, Rußland, die Türkei, Australien und China haben ihre Kolonien in sich selbst oder im unmittelbaren äußeren Zusammenhang mit ihren Stammgebieten. Was Amerika und Australien an kolonisatorischer Arbeit leisten, leisten sie nur zum geringsten Teil durch die natürliche Volkszunahme der Eingesessenen. Das meiste geschieht durch den ununterbrochenen Einwandererstrom aus Europa. Aber die europäischen Zuwanderer liefern gleichzeitig auch das Menschenmaterial zur industriellen Verselbständigung und damit zur Abschüttelung der westeuropäischen Industrie- und Kapitalherrschaft. In Afrika dagegen, auf lange hinaus wahrscheinlich auch in Vorderasien, dient alle kolonisatorische Arbeit ausschließlich der Rohstoff- und Nahrungsmittelerzeugung für den Weltmarkt und das heißt in allererster Linie für Westeuropa. Wir haben gewiß keine Ursache, den Auswandererstrom nach Amerika und Australasien zu hemmen. Im Gegenteil, solange die Bevölkerung Europas in so riesenhaftem Maße wächst, daß

sie trotz aller Auswanderung binnen zehn Jahren um weit mehr als 20 Millionen Köpfe zunimmt, so lange ist jede vernünftige Begünstigung freiwilliger Auswanderung nur lebhaft zu befürworten. Aber wir müssen uns darüber klar sein, daß die Auswanderung nach Amerika und Australien nur zum Teil die ausländische Bauern- und Montangrundlage Westeuropas verstärken hilft. Nach dem Muster der nordamerikanischen Union steigert sie vorübergehend die amerikanischen und australischen Lieferungen, um sie schließlich desto schneller zu verringern. Ganz anders in Vorderasien, namentlich aber in den Hauptteilen Afrikas. Hier ist kein Feld für dauernde europäische Massensiedlung, kein Menschenmaterial und kein Klima für eine selbständige Industrieentwicklung. Hier bleibt die Ausfuhr von Rohstoffen und zum kleineren Teil auch Nahrungsmitteln die dauernde Grundlage für alle Kultursteigerung, weil die einzig mögliche Gegenleistung für die Versorgung mit technisch hochstehenden Arbeitsmitteln und industriell verbilligten Erzeugnissen des Massenverbrauchs. Wie die Kolonisation in ihrer praktischen Durchführung zu gestalten ist, darüber gehen natürlich die Meinungen noch weit auseinander. In Vorderasien wird es hoffentlich dauernd ohne die Anwendung europäischer Machtmittel und Staatsaufwendungen gehen. In den Hauptteilen Afrikas ist das ausgeschlossen. Überall aber sind, solange die Produktion durch und für die Gesellschaft auf der Grundlage des Gemeineigentums an den Produktionsmitteln lediglich auf dem Papier steht, private Kapitalanlagen aus dem Interesse der Profitmacherei heraus unvermeidlich. Der Sozialismus hat sie in Afrika ebensowenig zu bekämpfen wie in Europa, er hat lediglich mit allen seinen Kräften dafür einzutreten, daß die Profitmacherei sich innerhalb jener Grenzen hält, innerhalb deren ein wirtschaftlicher und kultureller Aufstieg der afrikanischen Völker möglich ist. Anders ist zurzeit keine sozialistische Kolonialpolitik denkbar. Da aber die Kolonialpolitik an sich notwendig ist, muß eben diese Art von Kolonialpolitik durchgeführt werden.

Die Verteilung des Kolonialbesitzes

Es mag manchem langweilig sein, aber es ist bei Streitfragen immer wieder notwendig, daß man mit den selbstverständlichsten Dingen anfängt. Internationale Fragen können nur international geregelt werden, entweder durch Gewalt oder durch Vertrag. Die gewaltsame Regelung ist nationalistisch, die vertragsmäßige sozialistisch. Der Nationalist kann aus Zweckmäßigkeitsgründen auch zu vertraglichen Kompromissen bereit sein. Sein Prinzip ist stets, zu nehmen, was irgend zu haben ist. Der Sozialist kann aus Notwehr auch zu gewaltsamen Lösungen gelangen. Sein Prinzip aber ist, durch friedliche Verständigung vernünftigen Rechtsgrundsätzen zur allgemeinen Anerkennung zu verhelfen.

Welches sind vernünftige Rechtsgrundsätze, auf die Verteilung des Kolonialbesitzes angewendet? Es handelt sich um die geordnete Erschließung und Verwaltung aller Länder, die aus eigener Kraft ihrer Bewohner den vollen Anschluß an die internationale Verkehrswirtschaft nicht finden können. Innerhalb dieser allgemeinen Grundforderung erheben die westeuropäischen Industriestaaten den Anspruch, zur Sicherung ihrer Versorgung mit Bauernprodukten und Montanrohstoffen für sich selber die noch freien Kolonialgebiete zu beschlagnahmen. Darüber gibt es keine gemeinsamen programmatischen Kundgebungen, aber es ist der geschichtliche Verlauf und der tatsächliche Zustand. Immerhin gibt es Ausnahmen. Auf der einen Seite stehen Länder, die nicht zu den westeuropäischen Industriestaaten gehören, aber in ähnlicher Lage sind. In erster Linie Japan, das 1909 bereits 131 Bewohner auf dem Quadratkilometer der Stammlande zählte und seit seinem Eintritt in die internationale Verkehrswirtschaft mit den industriestaatlichen Kultur- und darunter Bevölkerungsproblemen zu rechnen hat. Vorläufig hat Japan durch die Eingliederung Formosas, des südlichen Sachalin und Koreas seine durchschnittliche Siedlungsintensität noch einmal auf 95,6 per Quadratkilometer herunterdrücken können, eben dadurch aber auch bereits seine akute Sorge um die Bodensicherung bewiesen. Neben Japan steht im Osten noch China mit 102,6 Bewohnern

auf dem Quadratkilometer des Stammlandes vor der gleichen Sorge. Nur daß es sich für China nicht in erster Linie um Neuerwerbung zureichender Bodengrundlage handelt, sondern um Erhaltung und Befestigung alter Herrschaftsrechte in Mandschurei, Mongolei, Ostturkestan und Tibet, die durchweg kolonialen Charakter tragen. Auf der andern Seite stehen aber auch gering bevölkerte Länder, die bereits mehr oder minder starken Ausdehnungsdrang bewiesen haben. Die Streitigkeiten der südamerikanischen Staaten untereinander brauchen freilich noch nicht in diesem Sinne gewertet zu werden, sondern können einfach als Grenzstreitigkeiten gelten. Anders ist es mit Rußland und den Vereinigten Staaten. Das europäische Rußland mit 24,4 Einwohnern per Quadratkilometer (Berechnung 1909) kann beim besten Willen noch nicht als expansionsbedürftig im industriestaatlichen Sinne bezeichnet werden. Trotzdem verfügt es infolge geographisch-geschichtlicher Eigentümlichkeiten bereits über riesige Domänen in Asien. Soweit es sich dabei um nur ihm oder China zugängliches Binnenland handelt, werden westeuropäische Interessen nicht weiter berührt. Zwischen China und Rußland wird es freilich noch sehr viel Schwierigkeiten geben, bis ein dauernd fester und den beiderseitigen Interessen angemessener Gleichgewichtszustand erreicht ist. Soweit aber Rußland nach Süden hin (Türkei, Persien, Afghanistan) noch weitere Ansprüche erhebt, liegt es im gemeinsamen westeuropäischen Interesse, dem russischen Vordringen eine wirtschaftsgeographisch den viel dringenderen Bedürfnissen Westeuropas angepaßte Schranke entgegenzusetzen und diese auch politisch ausreichend zu sichern.

Ob die Türkei aus eigener Kraft (mit der wohlwollenden Neutralität Westeuropas im Rücken) ihre asiatische Position gegenüber Rußland dauernd behaupten kann, ist mehr als zweifelhaft. Auch ein Bündnis mit China würde vorläufig noch auf beiderseits recht unsicherer Grundlage stehen. Für die Türkei wäre es deshalb die gegebene Politik, den westeuropäischen Mächten eine wirtschaftliche Vorzugsstellung vor Rußland und den Vereinigten Staaten einzuräumen, und sich dafür ihre positive politisch-militärische Unterstützung zu sichern. Voraussetzung dafür ist natürlich, daß es der Türkei überhaupt gelingt, auf dem begonnenen Wege der inneren Reformen aus eigener politisch-kultur-

schöpferischer Kraft die wesentlichen Fortschritte zu machen, die erst wirklich den Beweis dafür liefern, daß sie der selbständigen Verwaltung und Erschließung ihres großen europäisch-asiatischen Besitzstandes gewachsen ist. An dieser Fähigkeit endgültig zu verzweifeln, liegt aber zurzeit glücklicherweise noch kein entscheidender Anlaß vor. Sicher ist noch vieles nachzuholen, sicher sind noch große Schwierigkeiten zu überwinden, aber schon der ernsthaft gute Wille zahlreicher mehr oder minder maßgebend beteiligten Personen bietet Bürgschaften, die weder seinerzeit in Ägypten vorhanden gewesen sind, noch augenblicklich in Persien oder gar Marokko in gleichem Maß vorhanden scheinen.

In Persien wird freilich die Situation von Norden her durch russische, von Süden her durch britische Intrigen offensichtlich noch verwirrt. Ein die persischen Erneuerungskräfte gerecht einschätzendes Urteil ist deshalb sehr erschwert. Davon abgesehen aber, erfordern die wirtschaftlichen Interessen Westeuropas unter allen Umständen, daß Rußland nicht in die Lage versetzt wird, seine wirtschaftliche und politische Position in monopolistisch ausschließender Form noch weiter nach Süden vorzurücken. Rußland besitzt bereits bis zum nordiranischen Randgebirge, zum Altai und zum Tianschangebirge hin subtropische (Baumwoll-) Ländereien in einem für seine Bedürfnisse vollständig ausreichenden Umfang. Es möge nur erst einmal ernsthaft beginnen, aus dem Stadium extensiver Kolonisation zum System intensiver Kulturen überzugehen, dann wird es innerhalb seiner Grenzen mehr als genug zu tun und zu leben finden. Westeuropa dagegen hat dringenden Anlaß, die vorderasiatischen Wirtschaftsgebiete so vollständig und so lange wie möglich unter seinem Einfluß zu halten, um seine mit der Zeit immer mehr dahinschwindenden Bauern- und Rohstoffgrundlagen im fernen Osten und im Westen schrittweise ersetzen oder ergänzen zu können.

Ähnlich wie Rußland, nur ihrer weit jüngeren geschichtlichen Formation entsprechend sehr viel später, sind auch die Vereinigten Staaten von Nordamerika schon lange vor der Erreichung der zur Expansion wirtschaftlich zwingenden Siedlungsintensität, zur kolonialpolitischen Ausdehnung übergegangen. Die Vereinigten Staaten zählten nach dem Zensus von 1910 im Stammland (einschließlich Arizona, Alaska und

Hawaii) erst 9,8 Bewohner auf dem Quadratkilometer, und mit den durchweg stärker bevölkerten abhängigen Gebieten (Puerto Rico, Panama-Kanalzone, Philippinen, Guam, Tutuila und Nebeninseln) 10,5. Sie sind also selbst dem europäischen Rußland gegenüber noch weit zurück. Trotzdem haben sie infolge besonders günstiger Veranlagung von Land und Leuten die Vorteile der industriellen Eigenentwicklung so energisch wahrgenommen, daß die Aufgaben der Binnenkolonisation in einem für Westeuropa sehr peinlichen Umfange hinter den Interessen der industriellen Selbstversorgung und Expansion zurückgetreten sind. Einstweilen macht sich die kolonialpolitische Seite der industriellen Expansion vornehmlich in verschleierter und zum Teil sozusagen defensiver Form geltend. Man sucht die großen Nachbarländer des nordamerikanischen Kontinents wirtschaftlich so eng wie möglich an die Union zu binden, predigt und vertritt unter Umständen wenigstens mit starken Gebärden die Monroedoktrin, „befreit" spanische Kolonien, „kauft" mittelamerikanische Republiken auf oder pazifiziert sie nach allen Regeln einer für den Augenschein salbungsvollen Kunst großer Brüder, den bedrohten Familienfrieden zu schützen. Der Kardinalpunkt und Schlußeffekt des Ganzen ist aber doch der, die eigene industriell-kapitalistische Entwicklung auf immer stärker ausländischer Bauern- und Montangrundlage nur noch mehr zu beschleunigen und die weniger lukrative, dabei weit mühevollere bäuerliche Intensivkultur so lange wie möglich hinauszuschieben. Es ist ein durchaus dem britischen paralleles und stammesverwandtes Verfahren, denn auch Altengland hat sich um die Wiederherstellung und Sicherung der eigenen heimischen Bauerngrundlage nicht gekümmert, solange es seine industriellen Geschäfte auf fremder und kolonialer Bauerngrundlage ausdehnen konnte. Aber angesichts der beklemmenden Möglichkeit eines wachsenden und nur schwer wieder zu regulierenden Mißverhältnisses zwischen dem riesenhaft angewachsenen industriellen Überbau Westeuropas und seiner gesicherten Bauerngrundlage muß es doch eine Frage ernster Überlegung sein, ob Westeuropa der industriellen Intensivkultur der Vereinigten Staaten auf extensiver und daher immer stärker auch expansiv zu sichernder Bauerngrundlage ohne jeden Versuch der Gegenbewegung dauernd zusehen soll. Bisher hätte in erster Linie England die Möglichkeit ge-

habt, sich den kanadischen Boden noch auf längere Zeit zu reservieren. Es hat die Vorzugsbehandlung des kanadischen Getreides abgelehnt und diese große Kolonie dadurch in die Arme der Union hineingetrieben. Noch ist das Spiel für England nicht endgültig verloren, denn das kanadisch-amerikanische Abkommen ist keine Bindung auf lange Frist, sondern nur die Vereinbarung: Diese und jene Zölle wollen wir, jeder ganz unabhängig für sich, aufheben, herunterseţen, festlegen. Diese Vereinbarung konnte von den beiderseitigen Vertretungskörpern angenommen oder abgelehnt werden (in Kanada ist sie zurzeit noch nicht einmal angenommen), sie kann aber auch nach Belieben durch einseitigen Akt ohne Kündigungsfrist wieder aufgehoben werden. Ist freilich das kanadische Wirtschaftsleben erst einmal auf den Reziprozitätszustand und damit die zollfreie Ausfuhr seines Weizens nach der Union eingerichtet, haben sich alle Kräfte im Innern danach gruppiert, alle Verhältnisse danach umgestaltet, dann wird schwer wieder los zu kommen sein. Das dauert natürlich einige Jahre. Entschlösse sich aber England bald zur Vorzugsbehandlung kanadischer und sonstiger kolonialer Lieferungen vor den nordamerikanischen, russischen und argentinischen, dann ließe sich die kanadische Bauerngrundlage noch auf längere Zeit hinaus für England (und damit Westeuropa) kräftig wirksam erhalten.

Weitere wichtige Maßregeln zur Sicherung der mittelamerikanischen Bauern- und Montanlieferungen für Europa schüfe die Verständigung der westeuropäischen Industriestaaten über einen sorgfältig geregelten, ineinandergreifenden und allumfassenden Frachtendienst mit allen Ländern von Mexiko bis Brasilien und Chile einschließlich, über die Annäherung der südamerikanischen Südostküste (Brasilien und Argentinien) an den europäischen Verkehr durch den Bau der großen nordwestafrikanischen Schnellbahn Ceuta (Tanger)—Dakar (Bathurst), die auf Anregung Spaniens bereits die Konferenz von Algeciras beschäftigt hat, vor allem aber über die gemeinsame Ausdehnung und Vertretung der westeuropäischen Finanzinteressen in den mittleren und kleineren amerikanischen Republiken. Nur durch ein gemeinschaftliches Vorgehen kann einem offenen oder versteckten politischen Druck der Union auf diese Republiken erfolgreich und nachhaltig entgegengewirkt werden. Dem einzelnen europäischen Staat kann von der Union immer

eine willkürlich übertriebene Auslegung der Monroedoktrin als Knüppel zwischen die Beine geworfen werden. Und selbst wenn das nicht ausdrücklich geschieht, so ist doch das moralische und politische Übergewicht der Vereinigten Staaten bei den kleineren und mittleren amerikanischen Republiken ganz selbstverständlich, solange diese damit rechnen müssen, daß die Union jedem durch innereuropäische Rivalitäten gehemmten europäischen Einzelstaat gegenüber stets das letzte Wort behält. Nur durch den Zusammenschluß Westeuropas nach endgültiger Regelung seiner inneren Schwierigkeiten wird es möglich sein, wie im Osten dem russischen, so im Westen dem nordamerikanischen Vordringen ein sicheres Gegengewicht zu bieten. Rußland und die Vereinigten Staaten sind durch die Fülle ihres noch unerschlossenen Landes vor Westeuropa so unvergleichlich begünstigt, daß darin keineswegs eine ungerechtfertigte Einschnürung ihrer wirtschaftlichen Bewegungs- und Entwicklungsfähigkeit liegen würde. Mit 24,4 Bewohnern auf dem Quadratkilometer bei großen asiatischen Bodenreserven, mit 10,5 Bewohnern per Einheit bei allerbester Weltverkehrslage an den beiden großen Ozeanen und obendrein natürlicher Überlegenheit im Verkehr mit Kanada und Mexiko, sind Rußland und die Vereinigten Staaten nicht nur zu einer inneren agrarisch-industriellen Wechselwirtschaft ganz großen Stiles hervorragend befähigt, sondern können auch ohne Ausdehnung ihrer wirtschaftlichen und politischen Vorherrschaft jeden durch wirkliche Kulturinteressen gebotenen Anteil an den internationalen Geschäften gewinnen. Die westeuropäischen Völker aber haben ein gemeinsames dringendes Interesse daran, daß in Vorderasien wie in Amerika ihre wirtschaftliche Bewegungsfreiheit im denkbar weitesten Umfange gesichert, ihr Handelsverkehr entwickelt wird.

Aber freilich ist das alles nur möglich, wenn die westeuropäischen Völker untereinander zu einer gesunden und dauernden Regelung ihrer Interessen gelangen. In dieser Hinsicht liegt vorläufig noch alles im Argen. Es wird heutzutage wohl schon allgemein anerkannt, daß das europäische Gleichgewicht im Sinne des 19. Jahrhunderts den großen Wirtschaftsproblemen des 20. Jahrhunderts gegenüber zu einer abgetanen historischen Erscheinung verblaßt ist. Heute muß das weltpolitische Gleichgewicht gesucht und gesichert werden, und das kann (soweit

es an Europa liegt) vorläufig allein im Zusammenschluß Westeuropas zur Wahrung aller gemeinsamen Interessen gefunden werden. Das Hindernis besteht hauptsächlich in der inneren kolonialpolitischen Rivalität der westeuropäischen Staaten untereinander. Die unglaublichen Mißverhältnisse, die in der Verteilung des europäischen Kolonialbesitzes vorhanden sind, müssen beseitigt, die berechtigten Ansprüche der bisher stark benachteiligten Staaten aufgedeckt, von den andern zugestanden und durch friedliche Verständigung beseitigt werden. Dies ist die unumgängliche Grundvoraussetzung für die dauernde Erhaltung des europäischen Friedens und für jede wirksame Vertretung sowohl der einzelstaatlichen wie der starken gemeinsamen Interessen nach außen. Ein Vergleich des Kolonialbesitzes der verschiedenen westeuropäischen Staaten ist infolge der naturgemäß stark wechselnden Qualitäten der Kolonien sehr schwierig. Die Außenhandelsziffern der Kolonien könnten dazu nur hilfsweise und mit Vorsicht herangezogen werden, da der Grad der Entwicklung, der Grad der Entwicklungsfähigkeit und der Grad der wirtschaftlich-politischen Sicherstellung des Kolonialbesitzes für den Besitzerstaat und für Westeuropa überhaupt sehr starken Schwankungen von Fall zu Fall ausgesetzt ist. Einen Unterschied von fundamentaler Bedeutung macht es natürlich auch, ob die Kolonien Massensiedelungsgebiete der weißen Rasse in Ländern gemäßigten Klimas oder tropisch-subtropische Herrschaftsgebiete sind. Beispielsweise ist eine politische und namentlich wirtschaftspolitische Verselbständigung Kanadas — wenigstens dem britischen Mutterland gegenüber, wenn auch vielleicht bei gleichzeitig stärkerer Anlehnung an die benachbarte Union — mit so absoluter Sicherheit vorauszusehen, daß man sagen kann, sie ist nur eine Frage der Zeit, und der kanadische Kolonialbesitz daher nur ein Stück der augenblicklichen, aber nicht der dauernden wirtschaftlichen Sicherung Großbritanniens. Trotzdem steht England mit seiner gesicherten tropisch-subtropischen Kolonialversorgung unter den großen Kolonialmächten weitaus an der Spitze. Die Grundlage für einen Vergleich, dessen Einzelfaktoren dann noch durch die Berücksichtigung der jeweiligen Sonderumstände zu vervollständigen wären, bildet einmal die Siedlungsdichtigkeit der europäischen Besitzerstaaten, zweitens die Größe ihres Kolonialbodens im Verhältnis zur Größe des Stamm-

landes. Diese beiden grundlegenden Faktoren seien durch die nachstehende Übersicht miteinander in Vergleich gestellt:

	Zählungs- oder Schätzungsjahr	Einwohner per qkm des Stammlandes	Kolonialbesitz in % des Stammlandes
Belgien	1910	255,2	8090
Niederlande	1909	177	6184
Großbritannien . . .	1910	145	9399
Italien	1910	121	171
Deutschland	1910	120	491
Schweiz	1910	90,5	0
Österreich-Ungarn . .	1910	75,8	0
Frankreich	1906	73,8	1286
Dänemark	1906	66,6	500
Portugal	1900	58,5	2258
Spanien	1910	38,6	42
Schweden	1909	12,2	0
Norwegen	1910	7,3	0

Im einzelnen sind dieser allgemeinen Übersicht noch allerlei Bemerkungen hinzuzufügen.

Daß zwei kleine, aber kulturell mit an der Spitze stehende Staaten wie Belgien und Holland über unverhältnismäßig großen Kolonialboden verfügen, widerstreitet an sich noch keineswegs dem westeuropäischen Gesamtinteresse. Nichts könnte dem Verfasser dieser Arbeit unerwünschter sein, als wenn aus der einfachen statistischen Gegenüberstellung in Belgien oder Holland der Schluß gezogen würde, daß in Deutschland für die Aufteilung ihrer Kolonien Propaganda gemacht werden sollte. Nur an zwei Dinge soll erinnert werden: Einmal bei der belgischen Kongokolonie an die Tatsache, daß dieser ehemalige Kongostaat eine Schöpfung internationaler Verträge ist, und daß die internationalen Verträge ein Mitaufsichtsrecht der Vertragsmächte begründen, soweit es sich um die Eingeborenenpolitik und die Freiheit zu wirtschaftlichen und kommerziellen Unternehmungen handelt. Monopo-

listische und terroristische Neigungen, wie sie in der letzten Periode Leopolds II. hervorgetreten sind, widerstreiten den Verträgen und den Gesamtinteressen Westeuropas. Es ist übrigens auch Grund zu der Annahme vorhanden, daß sie der gegenwärtigen belgischen Regierung fern liegen. Unter der Bedingung der Handelsfreiheit und einer humanen Eingeborenenpolitik können die übrigen westeuropäischen Staaten vollständig damit einverstanden sein, daß eine so befähigte Nation wie die belgische politisch und wirtschaftlich die Vorhand bei der Erschließung des riesigen Kongobeckens behält. Das gleiche gilt für den ost- und westindischen Kolonialbesitz Hollands. Zwar bestehen hier keine internationalen Verträge, die den übrigen westeuropäischen Staaten eine besondere Sicherung ihrer Interessen gewährleisten. Aber der niederländische Kolonialbesitz ist geographisch so gelagert, daß sich das Mutterland völlig darüber klar sein wird, ihn dauernd nur mit Hilfe der übrigen westeuropäischen Staaten behaupten zu können. Die expansiven Tendenzen und Kräfte der Vereinigten Staaten, Japans, binnen absehbarer Zeit sicher auch Chinas, sind für das kleine Holland unüberwindliche Größen, wenn es lediglich auf die eigene Kraft angewiesen ist. Ein einfaches Rechenexempel muß ihm sagen, daß es allein oder selbst mit Unterstützung nur einzelner westeuropäischer Großmächte nicht in der Lage ist, seine Interessen im fernen Osten und im amerikanischen Westen dauernd zu sichern. Macht es aber auf die politische, unter Umständen sogar auf die militärische Unterstützung Westeuropas Anspruch, dann kann es ihn nur durch die Erfüllung ähnlicher Bedingungen erkaufen, wie sie Belgien schon aus vertraglichen Gründen in der Kongokolonie zu gewähren hat: Handelsfreiheit und humane Eingeborenenpolitik. Das sind Bedingungen, bei denen Holland selber ebensowenig wie Belgien zu kurz kommen würde, die aber bei den benachbarten Staaten ein wesentliches Interesse an der Erhaltung des holländischen Kolonialbesitzes für das Mutterland und für Westeuropa erwecken würden. Kann man die holländisch-belgischen Niederlande geographisch und kulturell geradezu als das Herz Westeuropas bezeichnen, so ist gleichzeitig gerade bei diesen beiden das Interesse an der wirtschaftlichen, kolonialen und politischen Einigkeit Westeuropas ein Lebensinteresse für die eigene ungestörte Fortentwicklung. Durch Kriege zwischen ihren

großen Nachbarn haben sie nur zu verlieren, durch friedliche Verständigung nur zu gewinnen.

Ganz anders ist der große Kolonialbesitz Portugals zu beurteilen. Portugal hat sich bisher nicht als fähig erwiesen, die westeuropäische Kultursteigerung auch nur annähernd mitzumachen. Es steht, wenn man von den übermäßig mit unwirtlichen Gebieten gesegneten skandinavischen Ländern des hohen Nordens absieht, unter den Ländern Westeuropas mit seiner Siedlungsintensität nächst Spanien untenan, obwohl es bei der Fruchtbarkeit seines Bodens und bei seiner hervorragend günstigen Verkehrslage bequem neben Italien Platz finden könnte. Die Auswanderung aus Portugal (und Spanien) ist unverhältnismäßig groß, aber sie richtet sich keineswegs nach den gegenwärtigen, sondern nach den ehemaligen Kolonien in Amerika. Spaniens Kolonien zu vergrößern ist eine Narrheit, Portugals Kolonien vollständig unter portugiesischer Flagge bestehen zu lassen — ein durchsichtiger Täuschungsversuch des portugiesischen Vormundes Großbritannien. Portugal kann sich selbst nicht entwickeln, geschweige denn seine Kolonien. Es mag sich diesen oder jenen überseeischen Stützpunkt für die Zukunft reservieren, aber es täte in seinem eigenen Interesse gut daran, gegen eine angemessene Entschädigung in bar die Hauptmasse seiner Besitzungen an andere abzutreten, die dafür wirklich Verwendung haben und daraus etwas zu machen verstehen. Es ist ein gemeinsames westeuropäisches Interesse, daß diese Forderung ganz rückhaltlos ausgesprochen wird. Ihre Durchführung kann die Grundlage einer Vereinbarung bilden, bei der, wie wir in späterem Zusammenhang zeigen werden, vor allem die starken deutschen und italienischen Kolonialbedürfnisse ihre Berücksichtigung finden könnten. Denn darüber kann nach Ausweis unserer Übersicht gar kein Zweifel obwalten, daß augenblicklich in erster Linie Italien und Deutschland im Vergleich zu ihrer starken Siedlungsdichtigkeit und der ihr entsprechenden Versorgungsbedürftigkeit größere koloniale Sicherheiten gebrauchen.

Allerdings wäre im Vergleich zu Frankreich auch Österreich-Ungarn berechtigt, große Ansprüche zu erheben, um so mehr, wenn man seine bedeutende Bevölkerungszunahme und die französische Stagnation in

Rechnung stellt. Die Verschiebungen der Bevölkerung lassen sich aus den folgenden Ziffern erkennen:

	Österreich-Ungarn	Frankreich
1900 (Bosnien 1895):	46 973 359	1896: 38 269 011
1910:	51 306 620	1906: 39 252 245

Indes, die Doppelmonarchie an der Donau ist bisher noch nicht mit überseeischen Vergrößerungsabsichten hervorgetreten. Ihre Interessen bestehen vorläufig in der Sicherung einer südosteuropäischen Vorzugsstellung. Was Österreich-Ungarn in den Balkanstaaten und in der asiatischen Türkei an wirtschaftlicher Bewegungsfreiheit und politischem Schwergewicht zu erstreben für gut befindet, muß ihm unter allen Umständen und namentlich gegenüber Rußland im allgemeinen westeuropäischen Interesse gegönnt werden. Ganz besonders kann es für Deutschland nicht dem geringsten Zweifel unterliegen, daß die Interessen Österreich-Ungarns nach dieser Richtung hin uns so gut sein müssen, als wären es deutsche Interessen. Nicht nur deshalb, weil die Deutschen in der Donaumonarchie ziffernmäßig und kulturell eine hervorragende Rolle spielen, sondern vor allem auch, weil wir dem an inneren Kräften ständig wachsenden russischen Koloß gegenüber eine starke österreichisch-ungarische Gesamtmonarchie ebenso notwendig gebrauchen, wie diese auf ein starkes Deutschland angewiesen ist. Daß mit dieser Ansicht keine aggressiven Tendenzen gegen Rußland verfochten sein sollen, versteht sich von selbst.

In der Voraussetzung, daß die österreichisch-ungarischen Interessen hierdurch in dem vorläufig von den Nächstbeteiligten selbst gewünschten Umfang gesichert sind, bildet das flagrante Mißverhältnis in der kolonialen Versorgung zwischen England und Frankreich auf der einen, Deutschland und Italien auf der anderen Seite augenblicklich die gefährlichste Quelle innereuropäischer Verwicklungen. Dies Mißverhältnis ist um so bedrohlicher, als es nicht nur der Tatsache, sondern ebensosehr der fortwuchernden Tendenz nach besteht. Dafür werden in den folgenden Abschnitten noch die notwendigen Belege zu erbringen sein.

Das wachsende Mißverhältnis

In den 10 Jahren von 1900 bis 1910 ist die deutsche Einfuhr von 6 Milliarden auf 8,9 Milliarden Mark gestiegen. In Wirklichkeit sogar noch stärker, weil die Edelmetalle bis 1905 statistisch eingerechnet, seit 1906 ausgeschlossen sind. 375,9 Millionen Mark für Edelmetalle müßten also für 1910 noch hinzugerechnet werden, wenn es auf minutiöse Genauigkeit ankäme. Nichts ist lehrreicher für die Verschiebungen dieses Jahrzehnts, als ein Vergleich zwischen unsern Lieferanten von 1900 und denen von 1910. Wir bezogen in Millionen Mark aus:

	1900:	1910:
Europa	3797,2	5196,8
Afrika	147,1	418,0
Asien	370,0	828,3
Amerika	1598,4	2190,7
Australasien	125,4	293,0
zusammen	6043,0	8934,1

Die Differenzen zwischen Einzelsummen und Schlußsumme stammen aus der Abrundung der Einzelposten in den Veröffentlichungen der Reichsstatistik. Die Lieferungen Afrikas, Asiens und Australasiens sind im Verhältnis zu denen Europas und Amerikas gering, aber sie sind relativ am stärksten gewachsen. 1900 machten sie nicht viel mehr als 10%, 1910 bereits über 17% der deutschen Gesamteinfuhr aus. Dazu kommt aus den drei Erdteilen vieles über Rußland, Italien, Belgien, Holland und England zu uns. Afrika steht, wie immer wieder hervorgehoben werden muß, überhaupt erst am Anfang seiner Leistungsfähigkeit. Es gibt aber auch Länder, die bereits am Ende stehen. Darüber gibt eine Einzelübersicht über unsere wichtigsten Bezugsländer Auskunft. Wir erhielten nämlich in Millionen Mark aus:

	1900:	1910:
Belgien	220,5	325,6
Dänemark	71,4	158,1
Frankreich	305,5	508,8

	1900:	1910:
Großbritannien	**840,7**	**766,6**
Italien	186,4	274,5
Niederlande	**215,4**	**258,5**
Österreich-Ungarn	**724,3**	**759,2**
Rußland	716,5	1386,6
Schweden	104,9	163,8
Schweiz	**170,5**	**173,9**
Spanien	82,4	140,2
Britisch-Westafrika	28,2	108,3
Britisch-Ostindien	204,8	404,0
Niederländisch-Ostindien	83,7	187,5
Argentinien	234,5	357,2
Brasilien	115,5	278,9
Chile	89,3	154,6
Vereinigte Staaten	**1020,8**	**1187,6**
Britisch-Australien	122,2	281,7

Die Abnahme bei Großbritannien erklärt sich nur zum Teil durch den statistischen Fortfall der Edelmetalle. Tatsächlich sind unsere Bezüge aus England seit 1907 um 210 Millionen Mark gesunken. Bei Holland, Österreich-Ungarn und der Schweiz sind keinerlei wesentliche Fortschritte zu verzeichnen. Vor allem aber fällt die Stagnation bei den Vereinigten Staaten ins Auge, die 1900 unser wichtigster Lieferant waren, 1909 und 1910 aber trotz stark gestiegener Baumwollpreise hinter Rußland zurücktreten mußten. In Rußland liegt zurzeit unsere wichtigste Versorgungsquelle, während sich die Lieferungen der Union mehr und mehr auf Baumwolle und Kupfer beschränken, die 1910 mit 587,3 Millionen Mark die runde Hälfte ausmachten. Wenn nach abermals zehn Jahren auch Rußland imstande ist, industriell in der Hauptsache seine eigenen Wege zu gehen, dann sind wir — namentlich mit unserem Zuwachsbedarf — auf Südamerika, Australien, Vorderasien, Ostindien und Afrika angewiesen. Denn es kann kaum einem Zweifel unterliegen, daß zu den fünf Ländern, deren Lieferungen von 1900 bis 1910 fast oder völlig zum Stillstand gekommen sind, bis 1920 noch

einige hinzu kommen. In erster Linie wird es sich dabei um Länder Europas handeln, möglicherweise aber bereits auch schon um einzelne außereuropäische wie Britisch- oder Holländisch-Ostindien, Britisch-Australasien oder Brasilien. Eine vorausschauende Wirtschaftspolitik muß mit solchen Ausfällen rechnen und auf ihren Ersatz bedacht sein, seitdem es sich in einigen Fällen gezeigt hat und in anderen wahrscheinlich geworden ist, daß gerade die entwickeltsten, bevölkertsten und in Wirtschaft, Politik und Kultur selbständigsten Völker über kurz oder lang aus der Zahl der *Mehrlieferanten* ausscheiden. Eine Volkswirtschaft auf Risiko ist kapitalistisch, eine Volkswirtschaft vorausorgender Sicherheit sozialistisch.

Nun mußten wir schon einmal hervorheben: *Kaufen* kann man schließlich immer noch alles, was man gebraucht — wenn man es nur *bezahlen* kann. Aber zum Bezahlen gehört auf die Dauer, daß man auch die Produkte der eigenen Arbeit los wird. Brauchen wir wachsende Sicherheiten für unsere Versorgung, so heißt das zugleich, daß wir wachsende Sicherheiten für unseren Absatz haben müssen. Leider steht es bei weitem nicht so, daß die Länder, von denen wir etwas kaufen, auch alle im entsprechenden Maße unsere Abnehmer sind. Natürlich sind nicht alle Mißverhältnisse dieser Art bedenklich, denn es lassen sich leicht Dauerbeziehungen denken und nachweisen, die darauf beruhen, daß A. an B. verkauft und von C. bezieht, während C. von B. bezahlt wird und so fort durch eine Reihe von Zwischengliedern. Darauf beruht in weitgehendem Maße das vielseitige Wechselverhältnis, das man Weltwirtschaft getauft hat. Aber manche Beziehungen unseres Austauschverkehrs geben doch zu starken Befürchtungen oder wenigstens zum Nachdenken Anlaß. Wir geben im folgenden eine Übersicht des deutschen Außenhandels von 1910, aus der der prozentuale Anteil der einzelnen Lieferanten und Käufer an der Gesamteinfuhr und Gesamtausfuhr des Spezialhandels zu ersehen ist.

Es lieferten oder erhielten in Prozent unserer

	Einfuhr	Ausfuhr
Rußland	15,5	7,3
Vereinigte Staaten	13,3	8,5
Großbritannien	8,6	14,7

	Einfuhr	Ausfuhr
Britische Besitzungen	10,8	3,6
Ägypten	1,1	0,5
Österreich-Ungarn	8,5	11,0
Frankreich	5,7	7,3
Französische Besitzungen	0,5	0,1
Argentinien	4,0	3,2
Belgien	3,6	5,2
Belgischer Kongo	0,3	0,0
Brasilien	3,1	1,6
Italien	3,1	4,3
Niederlande	2,9	6,7
Niederländische Besitzungen	2,1	0,7

Unsere wichtigsten Lieferanten Rußland und die Vereinigten Staaten sind ganz unverhältnismäßig schlechte Abnehmer unserer Fabrikate. Großbritannien mit seinen Besitzungen und seinem Einflußgebiet Ägypten liefert 20,5% unserer Bezüge, aber nimmt uns nur 18,8% unserer Ausfuhr ab. Dies Mißverhältnis ist sicher von Dauer, da die großen britischen Kolonien dem Mutterland Vorzugszölle gewähren, uns also systematisch schlechter behandeln. Beginnt erst England einmal zum Schutz seiner eigenen Industrie gegen den deutschen Wettbewerb sich selbst mit Zollmauern zu umgeben — und die britische Patentgesetzgebung ist bereits ein „freihändlerischer" Übergang zum Protektionismus —, dann wird der stärkste Ausfuhrposten Deutschlands heruntergehen müssen. Österreich-Ungarn steht für uns zurzeit noch sehr günstig, aber von Jahr zu Jahr gewinnt die österreichische Industrie an Ausdehnung und Leistungsfähigkeit. Seit 1899 nimmt uns Österreich-Ungarn nur noch höchstens 11,1% unserer Ausfuhr ab, vorher waren es jahrelang bis zu 13,2%. Das protektionistische Frankreich kauft uns zwar im Verhältnis weit mehr ab als es uns liefert, weil die Meistbegünstigungsklausel des Frankfurter Friedens uns zugute kommt, aber in seine Kolonien läßt es uns nicht hinein. Im Verkehr mit Belgien und Holland stehen wir sehr gut, aber an ihre Kolonien kommen wir als Verkäufer ebenfalls nicht in dem Grade heran wie als Käufer.

Argentinien und Brasilien liefern uns zusammen 7,1% unserer Bezüge, nehmen uns aber nur 4,8% unserer Ausfuhr ab.

Wer getraut sich angesichts dieser Tatsachen zu sagen, daß unsere Ausfuhrsteigerung ebenso gesichert sei, wie die Zunahme unseres Einfuhrbedarfs gewiß ist? Das Mißverhältnis im Verkehr zu Rußland, zu den Vereinigten Staaten, zu den britischen Besitzungen, zu den selbständigen und abhängigen Kolonialgebieten überhaupt ist zu stark, als daß wir ihm ohne den dringenden Wunsch nach Abhilfe zusehen könnten. Gerade aus diesen Kolonialgebieten muß unsere Einfuhrsteigerung vornehmlich erwartet werden. Aber abgesehen von Argentinien und Brasilien, stehen sie politisch, finanziell, kulturell, kommerziell so stark unter dem Einfluß der benachbarten westeuropäischen Kolonialmächte, daß sich daraus für die Entwicklung der deutschen Ausfuhr sehr ernsthafte Hindernisse ergeben. Drastisch kommt das zum Ausdruck, wenn wir die Gesamtentwicklung unseres Handels mit ihnen innerhalb der letzten 10 Jahre zusammenfassend vor Augen führen. Die britischen Kolonien einschließlich Ägyptens, aber ausschließlich Hongkongs, ferner die französischen und holländischen Kolonien und der belgische Kongo lieferten uns im Jahre 1900 erst 9,2%, im vorigen Jahr bereits 14,8% unserer Gesamteinfuhr im Spezialhandel. Dagegen erhielten sie 1900 von uns 4,4% und 1910 auch nicht mehr wie 4,9% unserer Gesamtausfuhr. Nun kann gar kein Zweifel darüber bestehen: Wie immer die Lieferungen einzelner von ihnen an uns sich in den nächsten 10 Jahren entwickeln mögen, so werden sie in ihrer Gesamtheit 1920 doch 20% unserer Bezüge decken müssen. Ob sie aber auch nur 6% unserer entsprechend gesteigerten Ausfuhren aufnehmen werden, ist auf Grund der bisherigen Entwicklung und auf Grund der sichtbaren Entwicklungstendenzen mehr als fraglich. Wir haben nicht die allergeringste Sicherheit dafür.

Einen Ersatz haben uns bisher in bescheidenem Maß die amerikanischen Republiken von Mexiko bis zur Südspitze Amerikas geboten. Die Handelsbeziehungen mit ihnen haben sich, ihrer Totalität nach, erfreulich entwickelt. Im Jahre 1900 bezogen wir 9%, im Jahre 1910 sogar 10,5% unserer gesamten Einfuhr aus diesen Republiken. Im Jahre 1900 erhielten sie 4,9%, 1910 bereits 7,6% unserer Ausfuhr. Genaueres Zusehen freilich zeigt, daß nur Uruguay und Chile um je 0,1%, Bra-

silien um 0,6% und Argentinien um 1,9% in ihrem Anteil an unseren Verkäufen gestiegen, alle übrigen indes auf der gleichen Stufe stehen geblieben sind. Das heißt, wir haben nur von den am subtropischen Südamerika beteiligten Ländern ein die Ausfälle anderer ersetzendes Steigen der Ankäufe zu erwarten. Diese am subtropischen Südamerika beteiligten Länder einschließlich Paraguays haben ihre Bevölkerungsziffer in den ersten 10 Jahren des Jahrhunderts von 26,7 auf etwa 34,8 Millionen Köpfe anwachsen sehen. Bis 1920 stehen danach 42,9 bis 43 Millionen zu erwarten. Was aber bedeutet das gegen die jetzt bereits 380¼ Millionen des britischen, holländischen und französischen Ostindien und gegen die 99⅔ Millionen des belgischen, britischen und französischen Afrika, zu denen unserem Ausfuhrhandel der Zugang durch die verschiedensten, hauptsächlich aber durch politische Umstände erschwert wird! Und was soll aus unserer Ausfuhr werden, wenn wir in Abessinien und Marokko, im portugiesischen Afrika, in der Türkei, in Persien, in Siam, in Australasien durch den politischen Einfluß Englands, Frankreichs und Rußlands gehindert werden, auf der Grundlage der Gleichberechtigung unserer Ausfuhr neue Märkte zu schaffen!

Der wachsende deutsche Kapitalreichtum kann dem deutschen Volk die Einengung seiner ausländischen Märkte nicht ersetzen. Denn auch der Kapitalreichtum hat nur nationalwirtschaftlichen Wert, wenn er sich in nationale Arbeit umsetzen läßt. Sind die deutschen Kapitalisten durch die englische Patentgesetzgebung, durch die nordamerikanischen Zollschwierigkeiten und durch das russische Industriebegünstigungssystem gezwungen, in England, in Amerika und in Rußland Fabriken zu gründen, statt für die Fabriken Deutschlands Aufträge zu besorgen, gelingt es Deutschland nicht, seinen Kapitalien in der Türkei und in Persien, in Abessinien und Marokko, in China und im Kongobecken die Beteiligung an Anleihen, Bahn- und Bergwerksanlagen in einer Form zu sichern, daß sich daraus für die deutsche Industrie Aufträge ergeben, dann bedeutet das nichts anderes, als daß dies Kapital zur Hälfte den Konkurrenten der deutschen Industrie zugute kommt. Kapitalien sind Produktionsmittel. Sozialistisch gesinnte Arbeiter vertreten oft die Auffassung, daß ihre Klasse allein diese Produktionsmittel geschaffen habe. Sicher ist, daß die Arbeiterklasse einen wesentlichen, sehr wesentlichen

Anteil daran hat. Daraus leitet sie mit Recht ihren Anspruch her, die weitere Verwendung dieser Produktionsmittel zu kontrollieren. Kontrolle des Kapitals durch die Arbeit und im Interesse der Arbeit heißt, das Kapital für weitere Arbeit nutzbar machen. Es versteht sich von selbst, daß die Arbeiterklasse kein Interesse daran hat, das Kapital uferlos anschwellen zu lassen. Höhere Löhne der Armen und höhere Steuern der Reichen sind die augenblicklich allein möglichen Dämme dagegen. Bei schrankenloser Anhäufung von Kapitalien bestünde die Gefahr, daß der kapitalistische Überfluß durch seinen eigenen Fettpanzer ununterbrochen Erstickungskrämpfen ausgesetzt wäre und dadurch das gesamte Wirtschaftsleben in Zuckungen versetzte. Aber soweit die augenblickliche Sicherung unserer Existenz nun einmal auf der privatwirtschaftlichen Schaffung von Produktionsmitteln und Ausnutzung von Produktivkräften beruht, liegt es auch im Interesse der Arbeiter, die notwendigen Ausdehnungen und Neugründungen zu unterstützen oder zu sichern, wo immer eine solche Unterstützung oder Sicherung notwendig ist. Im Innern macht sich das alles von selbst, im Ausland drängen die Verhältnisse vielfach dazu, daß der Staat innerhalb gewisser Grenzen dahintersteht. Nur soweit es dem Staat gelingt, dem heimischen Kapital Gleichberechtigung zu sichern, ist es möglich, manche Schranken unserer Fabrikatausfuhr niederzulegen. Wo immer das mit angemessenen Mitteln erreicht werden kann, haben die Arbeiter ein Interesse daran, daß es auch gemacht wird.

Aber dieser Weg zur Sicherung und Vergrößerung der deutschen Ausfuhr kann seiner Natur nach nur in zweiter Reihe dauernde Bedeutung haben. In erster Reihe muß die Schaffung fester Wechselbeziehungen zwischen der Heimat und ausreichenden eigenen Kolonialgebieten stehen. Wie stark Deutschland darin noch hinter Frankreich und England zurückgeblieben ist, mag aus der folgenden Gegenüberstellung hervorgehen. Es erhielten aus ihren Kolonien in Prozent ihrer gesamten Spezialeinfuhr:

	Deutschland	Frankreich	England
1907	0,25	9,80	24,33
1908	0,30	10,84	21,90
1909	0,34	10,74	23,25
1910	0,55	—	25,15

Es verkauften an ihre Kolonien in % ihrer gesamten Spezialausfuhr:

	Deutschland	Frankreich	England
1907	0,54	12,25	32,24
1908	0,55	13,56	33,34
1909	0,62	12,42	33,64
1910	0,65	—	34,21

Diese auch bei einem Vergleich zwischen uns und den Niederlanden vorliegenden Mißverhältnisse sind geradezu ungeheuerlich. Im Verein mit der bereits behandelten Tatsache, daß wir an die britischen, französischen, holländischen und anderen Kolonien als Verkäufer bei weitem nicht in dem Maße hineingelangen, wie wir als Käufer ihrer Erzeugnisse hervortreten, müssen sie unbedingt zu einer Änderung drängen. Aber weit davon entfernt, unsere berechtigten Ansprüche anzuerkennen, haben England und Frankreich Jahrzehnte hindurch im Verein mit Rußland die größten Anstrengungen gemacht, unsere ausländischen Beziehungen zu stören, unseren Einfluß überall zurückzudrängen und uns jeden Erwerb kolonialer Gebiete mit allen Mitteln zu erschweren. Und so haben sie es nicht nur uns, sondern auch Österreich-Ungarn und Italien gegenüber gemacht. Der Schilderung dieser Anstrengungen muß ein besonderes Kapitel gewidmet werden.

Die Aussperrung der Dreibundmächte

Es ist ursprünglich ein geschichtlicher Zufall, daß Deutschland, Italien und Österreich-Ungarn in der kolonialen Versorgung so sehr viel schlechter gestellt sind wie England, Frankreich und Rußland. Als diese drei schon längst einheitliche Staatsgebilde waren, wußte man diesseits und jenseits der Alpen noch nichts von den geeigneten Formen des politischen Großbetriebs. Österreich begriff nicht, daß sein Entfaltungsspielraum donauabwärts lag, und machte den sachlich unmöglichen Versuch, die Eigenbewegung Deutschlands und Italiens aufzuhalten. Während die drei mitteleuropäischen Mächte auf diese Weise mit ihren eigenen Angelegenheiten vollauf beschäftigt waren, gelang es England, Frankreich und Rußland unter Ausnutzung ihrer geographischen Vorzugsstellungen, gewaltige außereuropäische Domänen zu sichern. Mit geschichtlich vollendeten Tatsachen kann man nicht hadern. Etwas anderes ist es aber mit dem, was sich zwischen den beiden europäischen Großmachtgruppen seit 40 Jahren abspielt. Das ist nur zum Teil vollendete Geschichte, zum anderen Teil dagegen fortwuchernde Tendenz. In diesen 40 Jahren hat sich nämlich durch hundertfach wechselnde Kombinationen hindurch allmählich der Zustand herausgebildet, daß England, Frankreich und Rußland es in Verfolgung ihrer Sonderinteressen immer deutlicher als zweckmäßig erkannten, sich untereinander zu verständigen und gemeinsam die mitteleuropäischen Mächte von jeder ernsthaften Beteiligung an der Ausdehnungspolitik abzusperren. Seit 1904 und 1907, d. h. seit dem englisch-französischen Vertrag über Afrika und dem englisch-russischen Vertrag über Asien, kann darüber keinerlei Zweifel mehr bestehen. Vorher sind die Interessen zwischen England und Frankreich, zwischen England und Rußland zwar häufig aufeinander geplatzt, und es gab infolgedessen wechselnde Annäherungen Rußlands, Englands und selbst Frankreichs (1883/5) an Deutschland. Solche Annäherungen der einzelnen oder die Besorgnis der anderen vor ihnen führten jeweils dazu, daß Österreich-Ungarn in Bosnien, Italien in Eritrea und Somaliland, Deutschland an verschiedenen Punkten Afrikas und der Südsee festen Fuß fassen konnten. Aber das

Gesamtergebnis der 40 Jahre blieb doch, daß England, Frankreich und Rußland in ihrer Ausdehnungspolitik ungleich erfolgreicher waren. Sie nahmen neue gewaltige Länderstrecken in Besitz, die an Ausdehnung und Wert den deutschen, italienischen und österreichisch-ungarischen Erwerbungen bei weitem überlegen waren, und sie suchten sich obendrein für die Zukunft in Asien und Afrika weitere bedeutende Vorrechte zu sichern. In Praxis bildeten sie also, nach dem Gesamtergebnis ihrer Politik zu urteilen, ein zuerst gelegentliches und lockeres, zuletzt seit 1904 und 1907 fast systematisch organisiertes Länderverteilungssyndikat. Auch beim Kohlen- und Eisensyndikat gibt es den Streit um die Höhe der Beteiligung. Aber nach außen hin bildet das Syndikat eine Einheit. Genau so ist es mit dem englisch-französisch-russischen Länderverteilungssyndikat. Es ist aus der Schärfe der Konkurrenz hervorgegangen, aber seine Teilnehmer haben es schließlich vorgezogen, die immer wieder drohenden Schwierigkeiten durch friedliche Verständigung auf Kosten der anderen beizulegen, den gegenseitigen Vernichtungskampf einzustellen und sich statt dessen gemeinsam gegen die anderen Konkurrenten zu wenden. Diese Zurückdrängung der Außenseiter, die Aussperrung der Dreibundmächte, ist ihnen tatsächlich in weitgehendem Maße gelungen.

Als Deutschland zu Beginn der achtziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts seine überseeische Ausdehnungspolitik begann, stieß es fast überall auf das offizielle oder inoffizielle „Hände weg" der Engländer. In der Südsee entfaltete vor allem Neuseeland eine umfangreiche Gegenbewegung. Aber auch England selbst brachte in rücksichtslosester Weise seinen monopolistischen Standpunkt zur Geltung. 1874 hatte es die Fidschiinseln annektiert, wo gewisse Landbesitzrechte deutscher Kaufleute bestanden. Das erste, was England tat, war: diese Besitzrechte einfach zu annullieren. Es bedurfte zehnjähriger Verhandlungen, bis Deutschland auch nur die Einsetzung einer Kommission zur Prüfung der privaten deutschen Ansprüche durchsetzte. Bis dahin hatte niemand in Deutschland ernstlich an die Erwerbung von Kolonien gedacht. Man glaubte, daß die überseeischen Interessen des deutschen Handels unter dem Schutze Englands genügend gewahrt seien. Jetzt zeigte sich an einer verhältnismäßig untergeordneten Frage, daß der er-

wachende deutsche Überseehandel von vornherein nicht nur mit der Konkurrenz der englischen Kaufleute, sondern auch mit politischen Gegenmaßregeln der englischen Regierung zu rechnen hatte. Weite Kreise in Deutschland mit dem bis dahin England sehr gewogenen Fürsten Bismarck an der Spitze begannen zu begreifen, daß die englische Freundschaft nur bis an den Geldbeutel ging, und daß Deutschland sich selber koloniale Domänen sichern müsse, wenn es seine überseeischen Beziehungen zu weniger entwickelten Ländern ernsthaft pflegen und ausdehnen wolle. Als dann England Miene machte, die ganze Osthälfte Neuguineas zu annektieren, ohne bis dahin überhaupt irgendwelche nennenswerten Interessen in diesem großen Lande zu besitzen, erhob Fürst Bismarck energisch Einspruch, ließ an verschiedenen Punkten der Nordostküste die deutsche Flagge hissen und verhinderte England, den ganzen Rest dieser Küste zu beschlagnahmen. Ebenso provokatorisch war Englands Vorgehen gegen alle Sicherung deutscher Interessen in Ost- und Westafrika. Als die deutsche Firma Lüderitz in Angra Pequena festen Fuß faßte, richtete Bismarck an England die Anfrage, ob es in der Lage sei, den Lüderitzschen Interessen Schutz zu gewähren. Als das im Februar 1883 rundweg verneint wurde, fragte Bismarck weiter, ob denn England überhaupt irgendwelche Ansprüche geltend zu machen habe und einen Rechtstitel zu besitzen glaube. Die Antwort lautete, daß zwar die britische Souveränität nur in der Walfischbai und auf den Inseln bei Angra Pequena proklamiert sei, daß aber eine fremde Macht, die von der Küste Besitz ergreife, Englands legitime Rechte verletze. Woher diese legitimen Rechte stammten und worin sie bestanden, das herauszufinden blieb dem Fürsten Bismarck selber überlassen. In Togo besaßen deutsche Firmen Faktoreien. Der englische Agent Firminger reizte die Eingeborenen auf, sie sollten die Deutschen verjagen, andernfalls werde er das Land der englischen Goldküste einverleiben. Erst die Ankunft eines deutschen Kanonenbootes machte diesen Treibereien ein Ende. Ähnlich ging es etwas später in Kamerun, wo noch nach der Proklamation der deutschen Schutzherrschaft die englischen Beamten Konsul Hewett und Vizekonsul Buchan durch skrupellose Machenschaften die deutsche Festsetzung wieder rückgängig zu machen suchten. Als der deutsche Generalkonsul Rohlfs Anfang 1885 nach Sansibar geschickt wurde,

um mit dem Sultan einen Handels- und Freundschaftsvertrag abzuschließen, protestierte die englische Regierung dagegen, mit der Begründung, die Sultane von Muscat und Sansibar hätten den größten Teil des Jahrhunderts über unter dem direkten Einfluß Englands und der indischen Regierung gestanden. Dabei war eben erst auf der Kongokonferenz die völlige Unabhängigkeit des Sultans von Sansibar allgemein anerkannt und festgelegt worden, damit also auch seine unzweifelhafte Berechtigung, Handelsverträge abzuschließen mit wem er wollte.

Wie rücksichtslos, planmäßig und hartnäckig der englische Widerstand gegen alle kolonialen Festsetzungen Deutschlands im Anfang der achtziger Jahre gewesen ist, geht aus einer Reihe von Reden Bismarcks und von amtlichen oder halbamtlichen Veröffentlichungen der Zeit hervor. Am 2. März 1885 beklagte sich Bismarck im Reichstag über die mangelhafte Unterstützung seiner Kolonialpolitik durch den Reichstag, die das Ausland zum Widerstand ermutige. „Sicher ist," fuhr er fort, „daß die Tonart der Korrespondenz, die von englischer Seite mit uns geführt ist, unter dem Eindruck dieser Parlamentsverhandlungen während derselben — ob post hoc oder propter poc lasse ich unentschieden — eine schärfere und unfreundlichere geworden ist ... Es sind Aktenstücke ziemlich vertraulicher und ziemlich einschneidender Natur, die an uns gerichtet waren, in England amtlich gedruckt worden, ehe wir sie erhalten hatten. Es sind vertrauliche Besprechungen, die ich hier mit Vertretern Englands gehabt habe ... in amtlichen Aktenstücken resümiert und zum Druck bestimmt worden. Das alles sind Zeichen einer Verstimmung, die ich nicht für eine berechtigte halte, und die ich nur lebhaft bedauern kann." Weiter berichtet der Reichskanzler: „Wir haben seit dem vorigen Sommer einhundert und — ich glaube achtundzwanzig schriftliche Noten vom englischen Kabinett bekommen, die zusammen zwischen 700 und 800 Seiten lang und zu beantworten waren. Soviel haben wir von allen übrigen Regierungen in den 23 Jahren, daß ich auswärtiger Minister bin, nicht bekommen." Schließlich faßt sich Bismarck dahin zusammen: „Ich kann es doch nur für einen Irrtum in der Schätzung halten, wenn England uns unsere bescheidenen Kolonialversuche mißgönnt. Wenn man auch geneigt ist, auf die Stimmung jedes einzelnen

Kolonialreeders und Kaufmanns englischer Nation Rücksicht zu nehmen, so kann ich doch nicht glauben, daß man die Art, unserer Kolonialpolitik entgegenzuwirken, wie sie sich in Kamerun sowohl wie in Australien, in Neuguinea, in Fidji und an anderen Orten gezeigt hat, beibehalten werde, ohne Rücksicht auf die Stimmung zu nehmen, in welche die deutsche Nation dadurch versetzt wird."

Es würde zu weit führen, an dieser Stelle alle Einzelheiten der damaligen Verhandlungen, alle Schwierigkeiten, mit denen Deutschland zu kämpfen hatte, und damit die ganze Flut von Rücksichtslosigkeiten der englischen Regierung gegen die deutschen Kolonialgründungen im Zusammenhang in Erinnerung zu bringen. Bezeichnend ist aber, daß Bismarck am 24. Januar 1885 in einer Auseinandersetzung mit dem englischen Botschafter bereits von einem britischen „Einschließungssystem" zu sprechen für notwendig hielt, bezeichnend für die englische Methode ist weiter, daß England, trotz seiner Gegenbewegungen in jedem Einzelfall, von wohlwollenden Versicherungen überfloß. Gladstone ging so weit, dem Deutschen Reich für seine Bestrebungen „Gottes Segen" zu wünschen und Englands Freundschaft und Bundesgenossenschaft zu beteuern. Freilich unterließ er gleichzeitig nicht, der englischen Regierung sozusagen ein Oberaufsichtsrecht zu vindizieren, indem er (am 12. März 1885) im Unterhaus erklärte: Was die Kolonisierungspläne Deutschlands angehe, so gäbe es „nur zwei Beschränkungen, welche die Regierung denselben auferlegt zu sehen wünsche, nämlich, daß Deutschland dem Völkerrecht insoweit entspreche, daß seine Kolonisierungen nicht einen nominellen und illusorischen Charakter hätten, sondern bona fide erfolgen, und zweitens, daß Deutschland den Gesetzen der Gerechtigkeit und Menschlichkeit entspreche, und die Kolonisierung mit der gehörigen Rücksicht auf die Rechte und Interessen der Eingeborenen geleitet werde." Nachdem unmittelbar vorher — es war noch kein voller Monat vergangen — die Kongokonferenz unter der Führung Deutschlands gerade in diesen beiden Punkten ganz allgemeine Garantien für große Teile Afrikas geschaffen oder wenigstens vereinbart hatte, war es sicher ein starkes Stück von seiten eines englischen Ministers, dem Deutschen Reich im Namen der englischen Regierung noch besondere Verhaltungsmaßregeln zu geben. In Wirklich-

keit war denn auch das englische „Wohlwollen", das sich in jedem praktischen Einzelfall in einen starrenden Stachelpanzer verwandelte, kein Faktor, der den deutschen Kolonialgründungen auch nur im geringsten zugute kam. Wenn es dem Deutschen Reich im Anfang der achtziger Jahre gelang, eine Anzahl kolonialer Domänen zu schaffen, so dankte es die Möglichkeit dazu einzig und allein dem festen Auftreten des Fürsten Bismarck, der die damalige scharfe Zuspitzung des englisch-russischen und des englisch-französischen Gegensatzes auszunutzen verstand.

Rußland hatte schon in den sechziger Jahre des Jahrhunderts von Norden her seine alterstrebte Vormachtstellung in Zentralasien bis nach Buchara hinunter militärisch wirksam begründet. In den siebziger Jahren kamen zunächst westlich und östlich der bisherigen Vormarschlinie Chiwa und Ferghana hinzu, und auch ein weiterer Teil des bis dahin nominell chinesischen Iligebietes wurde zur dauernden Besetzung beschlagnahmt. Weniger energisch und weniger erfolgreich waren gleichzeitige Vorstöße von Westen her. Erst als im Beginn der achtziger Jahre mit Hilfe ständigen Vortreibens der transkaspischen Bahn der Zugang von Westen her erleichtert wurde, gelang es, die Tekke-Turkmenen und 1884 auch Merw zu unterwerfen. Unmittelbar darauf gingen die Russen weiter über Serachs nach dem Pendsch-Deh, wo es zu einem Zusammenstoß mit den Afghanen kam, die zurückgeschlagen wurden. Nun begannen bei den Engländern ernste Besorgnisse. Denn wie die Russen in Zentralasien, so waren die Engländer in Afghanistan inzwischen zur endgültigen Befestigung ihrer Vorherrschaft übergegangen. 1877 wurde Quetta besetzt, Ende 1878 von drei Stellen aus der Einmarsch in Afghanistan vollzogen, 1879 und 1880 nach wechselndem Kriegsglück Kandahar und Kabul entscheidend genommen, zwischendurch auch die Macht Belutschistans niedergeschlagen und Kelat besetzt, so daß 1881 endlich Abder Rahman, der von England begünstigte Emiratsprätendent, unter britischem Schutz Herr von Afghanistan werden konnte. Nun standen sich England und Rußland unmittelbar gegenüber, Rußland als bedingungsloser Sieger in Zentralasien mit starker Heeresmacht, England von indischen Aufständen bedroht und auf die Unterstützung gekaufter Vasallenfürsten angewiesen. Im April 1885 mußte sich die englische Regierung vom Parlament Kredite in Höhe von

11 Millionen Pfund Sterling bewilligen lassen, um im Nordwesten Indiens die Schlagfertigkeit der Armee herzustellen. Ein Teil davon war freilich auch für andere Zwecke bestimmt — für den Sudanfeldzug. In Ägypten hatte sich England inzwischen mit Frankreich überworfen. Während die Franzosen zeitweilig ihre Gleichberechtigung in der ägyptischen Finanzkontrolle weniger ernsthaft zur Geltung brachten, nahm England den Aufstand der ägyptischen Nationalpartei unter Arabi zum Vorwand, sich militärisch-politisch immer vollständiger allein in Ägypten einzurichten. Um der indischen Verlegenheiten willen mußte es freilich eine Zeitlang den gleichzeitigen Aufstand des Mahdi dilatorisch behandeln, was zum Fall Khartums und zum Tode des General Gordon führte. Man versuchte, die Türkei, der man vorher jeden Einfluß in Ägypten genommen hatte, für einen Heereszug nach dem Sudan zu interessieren, freundete sich plötzlich gegen die ägyptische Tradition mit Abessinien an, dem man gegen eine Unterstützung im Sudan Abtretung von Massaua versprach, berief die Londoner Konferenz ein, nachdem man Frankreich zugesichert hatte, Ägypten Anfang des Jahres 1888 räumen zu wollen, und überließ bei alledem die Sudantruppen ihrem traurigen Schicksal. Wenn es zum Kriege mit den Russen in Afghanistan gekommen wäre, hätte England voraussichtlich — darauf wurde im Unterhaus mehrfach hingedeutet — die Wiedereroberung des Sudan verschoben und die dafür bewilligten Kredite mit zum Krieg gegen Rußland verwendet. Als dann aber eine Verständigung mit Rußland erzielt wurde, konnte die Sudanexpedition, und zwar zugunsten Englands auf Kosten Ägyptens, erfolgreich durchgeführt werden.

Dies war die politische Situation Englands, in der es die deutschen Kolonialgründungen und die italienische Festsetzung in Erythrea widerwillig zugestehen mußte. Nicht zum wenigsten verdankt aber auch Frankreich der in dieser Situation von beiden Seiten aus gesuchten Annäherung mit Deutschland die Möglichkeit, das Protektorat über Tunis zu begründen, im Kongogebiet bedeutende, vom Belgierkönig Leopold II. bestrittene Erwerbungen zu machen, in Madagaskar seine Interessen wesentlich auszudehnen und die deutsch-französischen Grenzfragen in Westafrika in bester Freundschaft zu regeln. Ein Blick auf die afrikanische Karte lehrt, daß Frankreich dabei weitaus die besten Geschäfte

gemacht hat. Aber noch eins muß festgestellt werden: Nur durch den drohenden Konflikt mit Rußland und Frankreich ist England verhindert worden, bereits Anfang der achtziger Jahre in Südafrika die Politik durchzuführen, die dann später unter günstigeren Umständen die Annektion der Burenstaaten zur Folge gehabt hat. Gerade in jener Zeit kam es zwischen England und den Buren unaufhörlich zu ernsten Reibereien. Dabei waren die Ansprüche Englands in Südafrika noch so wenig geklärt und befestigt, daß zeitweilig der Gedanke auftauchen konnte, an der afrikanischen Südostküste auch für Deutschland eine Kolonie, nämlich das unabhängige Zulugebiet um die Santa-Lucia-Bay in Besitz zu nehmen. Hätte Bismarck damals Wert darauf gelegt, diese Anregung zu verwirklichen, dann sähe die südafrikanische Landkarte heute voraussichtlich ganz anders aus.

Nach alledem kann niemand ernstlich davon sprechen, daß die deutschen Kolonialgründungen von 1884/5 etwa wertvolle Beweise englischen Verständnisses für das deutsche Ausdehnungsbedürfnis gewesen seien. Sie mußten der englischen Regierung in einer für sie äußerst kritischen Zeit geradezu abgetrotzt werden. Wäre der englisch-russische und der englisch-französische Gegensatz damals nicht so scharf und für England gefährlich gewesen, so hätte Deutschland vielleicht bis zum heutigen Tage noch nichts von seinem bereits nach Bismarcks Ansicht und Ausspruch bescheidenen Kolonialbesitz in Händen. Denn hinzugekommen ist inzwischen weiter nichts als die endgültige und für uns keineswegs besonders vorteilhafte Regelung unseres Besitzstandes in Ostafrika, dessen Anfänge aus der Zeit der übrigen Kolonialgründungen stammten, ferner die endgültige Auseinandersetzung über die Samoainseln und die Karolinen, wo unsere Ansprüche ebenfalls bis in den Beginn der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts zurückreichen, und endlich die Pachtung in China, die von vornherein doch nur ganz bedingt als vorbereitender Schritt zur kolonialen Ausdehnung im eigentlichen Sinne des Wortes gelten wollte und gelten konnte. Es war sozusagen die Anmeldung eines Anspruchs auf Mitberücksichtigung für den Fall, daß China aus eigener Kraft nicht imstande sein sollte, die zum vollen Anschluß an die internationale Verkehrswirtschaft erforderlichen Reformen durchzuführen.

Wie lagen denn die Verhältnisse in China während der letzten 15 Jahre des 19. Jahrhunderts? Bereits 1884/5 hatten sich die Franzosen Annam und Tongking gesichert und gleichzeitig damit Handelsvorrechte in den benachbarten chinesischen Provinzen Yünnan, Kwang-Si und Kwang-Tung, einschließlich sogar des Rechts auf Berücksichtigung seiner Industrie bei Eisenbahnbauten. 1895 und 1897 wird der französische Einfluß in Südchina durch neue Verträge bestätigt und erweitert. Gleichzeitig (1895) reißt Japan Korea von der Oberherrschaft Chinas los und bemächtigt sich Formosas. Im Januar 1896 verständigen sich England und Frankreich darüber, daß alles Gebiet östlich des Menamtales in die französische, westlich in die britische Einflußzone fallen soll. Bereits Ende 1885 war England durch die Eroberung Oberbirmas unmittelbarer Grenznachbar der chinesischen Provinz Yünnan geworden. Jetzt wird gleichzeitig mit der Verständigung über die Einflußgebiete in Siam auch die Grundlage zu einer Aufteilung dieser Provinz in englische und französische Interessensphären gelegt. Im November 1896 sichert sich Rußland das Recht zum Bau der mandschurischen Bahnen unter dem Schutz seiner eigenen Truppen. Offiziell ist der Wortlaut des Vertrages niemals veröffentlicht worden, aber nach einer freilich bestrittenen ausführlichen Inhaltsangabe soll er bereits nicht nur die Reservierung der Liaotunghalbinsel für Rußland, sondern obendrein noch die Verpachtung Kiautschous an Rußland vorgesehen haben. Die deutsche Diplomatie hatte allen Grund, bei der Besetzung Kiautschous an die Möglichkeit zu denken, daß England, Rußland, Frankreich und Japan schrittweise zu weiteren Erwerbungen aus dem Bestande des chinesischen Reiches überzugehen beabsichtigten. Daß unter diesen Umständen ein Stützpunkt in der Provinz Schantung geeignet war, den Anspruch Deutschlands auf Beachtung seiner Interessen anzumelden, bedarf weiter keines Beweises. Nach der Besetzung Kiautschous mußte selbst ein französisches Blatt, das „Journal des Débats“, erklären, daß das deutsche Vorgehen nichts Beunruhigendes für Frankreich habe. „Rußland hat in der Mandschurei die Frucht seiner Intervention (beim japanisch-chinesischen Frieden von Schimonoseki) geerntet, Frankreich seinen Lohn in wichtigen Konzessionen in den Grenzprovinzen Tongkings gefunden; Deutschland allein blieb ohne

Vorteil." Welche Erwartungen damals über das künftige Schicksal Chinas gehegt werden konnten, hat Fürst Bülow am 19. November 1900 im Reichstag offen dargelegt: Man habe die Wirren in China auf die deutsche Festsetzung in Kiautschou zurückgeführt. In ausländischen Blättern sei dieser Vorwurf schon lange erhoben worden, aber er hätte nicht geglaubt, daß er im deutschen Reichstage einen Widerhall finden würde. „Der Überlassung von Kiautschou an Deutschland sind doch ganz andere Dinge vorausgegangen. Ich erinnere nur an die Abtretungen von Hongkong, Tongking, Anam, Birma, Formosa, Port Arthur, Weihaiwai usw. Lange bevor wir nach Kiautschou gegangen sind, hat es Fremdenverfolgungen und Revolutionen in China gegeben. Wir sind erst nach Kiautschou gegangen, nachdem wir uns überzeugt hatten, daß unsere Zurückhaltung als falsche Bescheidenheit aufgefaßt wurde, und als wir uns davon überzeugen mußten, daß ohne uns an eine Aufteilung in Interessensphären gegangen werden solle." Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen betonte der Reichskanzler ausdrücklich, daß Deutschland nach seiner Meinung am besten fahre, „wenn China unter möglichst geregelter Verwaltung aufnahme- und zahlungsfähig bleibt, im übrigen aber seine Verwaltung möglichst in eigener Hand behält. Sofern die anderen Mächte in China über diesen Rahmen nicht hinausgehen, wollen auch wir uns in China auf die Behauptung unserer gegenwärtigen Position beschränken". Noch schärfer fast vertrat Fürst Bülow ein Vierteljahr später, am 15. März 1901, vor dem Reichstag die abwartende Haltung der deutschen Regierung: „Es gibt Mächte, deren Interessen an China wesentlich wirtschaftlicher Natur sind, und andere Mächte, die dort mehr politische Ziele verfolgen. Wir gehören nach meiner Auffassung in die erste Kategorie." Rußland versuchte damals von China das Protektorat über die Mandschurei zu erlangen, ungefähr gleichzeitig wurden Nachrichten über eine neue Aktivbewegung Rußlands an der afghanischen Grenze verbreitet. Angesichts dessen machte England, das selbst in Südafrika stark engagiert war, augenscheinliche Anstrengungen, um in Nordwestindien seine Position zu verstärken und gleichzeitig unter Berufung auf den englisch-deutschen Jangtse-Vertrag die deutsche Regierung zum Einspruch gegen das russische Vordringen in Ostasien zu bewegen. Hätte Deutschland die Absicht

gehabt, eine „Aufteilung" Chinas herbeizuführen, so wäre Anfang 1901 der geeignete Augenblick dagewesen. Es lehnte mit Recht jedes dahinzielende Vorgehen ab. Aber damit verpaßte es aus Gutmütigkeit oder mangelnder Entschlossenheit seiner maßgebenden Kreise die wichtigste, seit 1884/5 erschienene Gelegenheit, anderwärts seine kolonialen Besitzungen in wesentlichem Umfang zu erweitern. Rußland konnte 1901 durch wohlwollende Begünstigung seines Vorgehens in der Mandschurei gewonnen werden. Frankreich hatte zwar mehrfach nach außen hin das französisch-englische Afrika-Abkommen von 1899, das die Episode von Faschoda beendigte, als einen Erfolg hingestellt, da es ihm in Ägypten freie Hand gelassen und seine afrikanischen Besitzungen abgerundet habe, und seine Diplomatie trieb außerdem in der Zeit der ärgsten englischen Bedrängnis in Südafrika ein sehr zweideutiges Spiel im Interesse einer Verhetzung zwischen Deutschland und England. Aber ein ernsthafter französischer Versuch, Deutschland in den Rücken zu fallen, war kaum zu erwarten. Denn im Grunde fühlte es sich doch von England gekränkt, nicht nur infolge des englischen Haltrufs in Faschoda, sondern auch infolge englischer Erschwerung seiner Position in Madagaskar. Mit England aber brauchte sich die deutsche Regierung keineswegs zu überwerfen, sondern konnte mit ihm über eine Ablösung des portugiesischen Besitzes in Südwest- und Südostafrika zu beiderseitigen Gunsten sicherlich sehr wohl eine Verständigung erlangen. Endlich hätte auch Italien, das gerade im Jahre 1901 der nordafrikanischen Politik Frankreichs mit dem äußersten Mißtrauen gegenüberstand und im gleichen Jahr mit England zu einer Grenzregulierung in Erythrea gelangte, damals für eine Befriedigung seiner Interessen auf breiterer Grundlage gewonnen werden können.

Unter dem Gesichtspunkt der englisch-französischen Nordafrika-Verständigung von 1904 und des englisch-russischen Asien-Abkommens von 1907 bleibt die Zurückhaltung Deutschlands im Jahre 1901 ein unverzeihlicher Fehler. Die Flottenvorlage von 1900 beweist, daß die deutsche Regierung damals aus einem hochgradigen Schwächegefühl heraus gänzlich passiv geblieben ist. Dies Schwächegefühl steht aber in einem seltsamen Gegensatz zu all den romantisch-großartigen Reden, die jahrelang die Welt in Verwunderung, zum Teil sogar in Aufregung ver-

setzten. In Wirklichkeit war es nicht die Schwäche Deutschlands, sondern die wer weiß auf welchen persönlichen Charaktereigenschaften und Unzulänglichkeiten beruhende Unentschlossenheit der deutschen Regierung, die damals auch nur den kleinsten Fortschritt der kolonialen Ausdehnung Deutschlands verhinderte, während die Möglichkeit zu großen Erfolgen gegeben war.

Als dann 1904 das englisch-französische Nordafrika-Abkommen geschlossen wurde, als ihm gar 1907 die englisch-russische Verständigung über Asien folgte, war es mit der wirksamen Geltendmachung deutscher Ansprüche wieder einmal vorbei. Die Thronrede bei der Eröffnung des deutschen Reichstages am 28. November 1905 sah sich zu der elegischen Feststellung genötigt, daß „die Schwierigkeiten, die zwischen uns und Frankreich in der marokkanischen Frage entstanden waren", keine andere Quelle hatten „als eine Neigung, Angelegenheiten, in denen auch das Deutsche Reich Interessen zu wahren hat, ohne unsere Mitwirkung zu erledigen. Solche Strömungen können, an einem Punkte unterdrückt, an einem anderen wiederkehren". Dabei wußte die deutsche Regierung genau, was auf dem Spiel stand. „Wir haben ein erhebliches Interesse daran," führte Fürst Bülow im Dezember gleichen Jahres im Reichstag aus, „daß die noch freien Gebiete in der Welt nicht noch weiter eingeschränkt werden, und daß der Betätigung unserer Industrie und der Ausbreitung unseres Handels in einem kommerziell wichtigen und zukunftsreichen Lande die Wege nicht verschlossen werden." Der Reichskanzler schilderte dann eingehend die ebenso rücksichtslose wie zielbewußte Festsetzung Frankreichs in Marokko auf Grund des einseitigen Abkommens von 1904, die zum deutschen Einspruch nötigte, und die er vollständig richtig als Versuch zur „Tunifikation von Marokko" charakterisierte. „Eine Änderung wie die Tunifikation von Marokko, welche darauf hinausläuft, die nichtfranzösischen Elemente nach dem Vorgang von Tunis gänzlich aus dem marokkanischen Geschäftsleben zu verdrängen, berührt selbstverständlich die fremden Privatinteressen in ihrer Gesamtheit." Ebenso richtig war die Feststellung des Reichskanzlers, daß der Schutz der deutschen Interessen in Marokko nicht deswegen überflüssig sei, weil sie noch klein seien. „Wenn wir dieselben stillschweigend preisgeben, so ermuntern wir dadurch die zuschauende Welt zu

ähnlichen Rücksichtslosigkeiten gegen uns bei anderen, vielleicht größeren Fragen." Das alles aber mitsamt der Akte von Algeciras hinderte Frankreich nicht, sich seit 1907 nach und nach immer offensichtlicher und ungenierter in Marokko häuslich einzurichten, um die „Tunifikation" doch Schritt für Schritt vorzubereiten. Selten ist der ausgesprochene und durch internationale Vereinbarungen scheinbar völlig sichergestellte Wille der Regierung eines großen Staates in so unglaublich nichtachtender und verletzender Weise einfach beiseite geschoben worden, wie der Anspruch Deutschlands auf eine billige Berücksichtigung seiner marokkanischen Interessen. Auch wer wie der Verfasser dieser Schrift die Formen und Mittel der deutschen Auslandspolitik oft genug scharf kritisiert und der blinden Unterwürfigkeit großer Volksteile unter die offizielle politische Führung lebhaft entgegenzuwirken versucht hat, muß angesichts der im letzten marokkanischen Entwicklungsstadium hervorgetretenen absoluten Gleichgültigkeit der französischen Regierung gegen alle noch so berechtigten und vertragsmäßig noch so gesicherten deutschen Interessen gestehen, daß sich die deutsche Regierung ähnlicher Provokationen anderer Staaten durch die Tat niemals schuldig gemacht hat. Es scheint, als ob es in Frankreich zahlreiche und jedenfalls sehr einflußreiche Leute gibt, die in blindem Haß gegen Deutschland oder in skrupelloser Spekulation auf innere Gegensätze des deutschen Volkes oder in bestimmter Hoffnung auf jede etwa notwendige Unterstützung seitens anderer Mächte oder endlich in zuversichtlicher Erwartung auf die Schwäche und Unentschlossenheit irgendwelcher in Deutschland maßgebenden Personen alle Rücksichten fahren lassen zu können glauben. Aber das ist ein gefährliches Spiel. Es steht nicht so, daß Deutschland unter allen Umständen darauf angewiesen wäre, sich jede Zurücksetzung, jede Verletzung seiner Interessen gefallen lassen zu müssen. Der Versuch, das deutsche Wirtschaftsleben einzuschnüren, ihm jede Bewegungsfreiheit in großen und zukunftsreichen Ländern zu nehmen, seine kolonialen Bedürfnisse zu ignorieren, muß früher oder später — bei der starken Entwicklung aller Verhältnisse unter Umständen sehr bald — zu elementaren Gegenbewegungen führen, die zu vermeiden, denen zuvorzukommen im Interesse aller Beteiligten liegt.

Die Situation von 1911

Als Österreich-Ungarn im Jahre 1878 seine einzige Ausdehnung der letzten 50 Jahre vornehmen, als es Bosnien und die Herzegowina besetzen wollte, ertönte aus dem Munde des damaligen englischen Premierministers Gladstone der dreiste Drohruf: Hände weg! Als 30 Jahre später die Situation geeignet schien, die bosnische Erwerbung formell und endgültig zu sichern, waren es wieder die Gegner des Dreibundes mit England an der Spitze, die das Vorgehen Österreich-Ungarns zu hintertreiben suchten. Die Situation von 1911 scheint in mehrfacher Hinsicht nicht ganz so bedrohlich zu sein wie die Situation von 1908. Italien, wo damals die alten antiösterreichischen Stimmungen stark empor zu lodern drohten, hat sich inzwischen davon überzeugen müssen, daß es keine besondere Förderung seiner Interessen zu erwarten hat, wenn es sich vom Dreibund entfernt. In Italien mehren sich die Stimmen des Protestes oder wenigstens des Argwohns gegen das englisch-französische Übergewicht im Mittelmeer. Gerade in diesem Jahre hat sich wieder gezeigt, daß Frankreich neben seiner Festsetzung in Marokko auch die Ausdehnung seines Einflusses in Tripolis und dessen Hinterland fest im Auge behält. Es vertagt lediglich das Vorgehen nach Osten, bis seine Position im Westen gesichert ist, aber es hört nicht auf, auch im Osten jeder Stärkung des italienischen Einflusses entgegenzuwirken. Italien kann deshalb heute als ein überzeugterer Anhänger der Dreibundpolitik gelten, wie es Jahre hindurch gewesen ist. Aber auch Rußland hat offensichtlich keine Neigung, den englischen und französischen Monopolgelüsten bedingungslos Unterstützung zu gewähren. Für Rußland wäre ein Krieg zurzeit noch viel unerfreulicher wie für jede west- und mitteleuropäische Macht. Denn Rußland ist nach langen Jahren äußerer und darnach innerer Wirren endlich wieder in die aufsteigende Bahn gekommen. Jede Unterbrechung seiner friedlichen Entwicklung kann es politisch, wirtschaftlich und finanziell abermals um viele Jahre zurückwerfen, während es beim Fortgang des ruhigen Aufstieges mit Sicherheit erwarten kann, binnen absehbarer Zeit die drückende Schwere seiner Lasten wesentlich zu erleichtern. Die Veröffentlichung

des deutsch-russischen Abkommens über Vorderasien gerade in einer Zeit kritischer Zuspitzung des deutsch-französischen Gegensatzes beweist, daß Rußland gewillt ist, den unmittelbaren deutschen Interessen im Orient nicht mehr entgegenzutreten, sondern Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Wie vom sozialistischen Standpunkt aus über das russische Vordringen in Persien zu urteilen ist, wurde im Zusammenhang unserer vorhergehenden Darlegungen ausgeführt. Kommt aber keine Verständigung der westeuropäischen Mächte auf sozialistischer Grundlage zustande, dann hat Deutschland für sich oder im Rahmen der Dreibundkombination natürlich nicht den geringsten Grund, sich mit Rußland Persiens wegen in Unannehmlichkeiten zu stürzen. Rußland mag dann, wenn es nur die Türkei unangetastet und dem deutschen Handel namentlich nach Fertigstellung der in Aussicht genommenen Bahnen seinen Entfaltungsspielraum läßt, in Persien unseretwegen machen was ihm gut scheint. Das Hemd ist uns näher wie der Rock, und wenn sich England darauf versteift, der deutschen Ausdehnung immer wieder entgegenzutreten, dann haben wir nicht den geringsten Anlaß, uns für die Sicherung seiner doch rein monopolistischen Sonderbestrebungen in Südpersien irgendwie zu interessieren. Rußland steht uns dann näher wie England, das zusehen mag, wie weit es mit Frankreich im Bunde einer abermaligen russischen Vorwärtsbewegung auf den persischen Meerbusen und Indien hin entgegenzuwirken imstande ist.

Die Situation von 1911, wiederholen wir also, ist in mancher Hinsicht keineswegs so bedrohlich wie die Situation von 1908. Aber es darf trotzdem nicht verkannt werden, daß sie ihre eigentümlichen und schweren Gefahren in sich birgt. Diese Gefahren entstammen der erneuten und verschärften Erkenntnis, damit aber auch der verstärkten Wirkung all der großen und dauernden Schwierigkeiten, die von englischer und französischer Seite her jeder Geltendmachung deutscher Ansprüche entgegengesetzt werden. Wir Deutschen müssen uns immer mehr davon überzeugen, daß in England und Frankreich sehr wenig, man muß beinah sagen, nicht das geringste Verständnis für die Bedürfnisse der deutschen Volkswirtschaft vorhanden ist. Wir sind mehr und mehr gezwungen, uns damit abzufinden und uns darauf einzurichten, daß jeder Versuch, uns koloniale Domänen zu sichern, wie sie angesichts der weltwirt-

schaftlichen Entwicklungstendenzen für eine dauernd gesunde Fortentwicklung der deutschen Volkswirtschaft unumgänglich notwendig sind — daß jeder derartige Versuch auf der Seite Englands und Frankreichs den allerhartnäckigsten Widerstand auslöst. Zwar hat England durch den Mund seines obersten Beamten erklären lassen, daß ihm jede Lösung der marokkanischen Frage willkommen ist, die dem Deutschen Reich außerhalb Marokkos in Westafrika Entschädigungen einräumt. Aber was heißt das? Marokko ist ein von der Natur außerordentlich begünstigtes, ungeheuer entwicklungsfähiges Land. Trotz der größten Verwahrlosung hat es allermindestens ebensoviele Einwohner wie Algier, also 5—6 Millionen. Aus- und Einfuhr Algiers erreichten 1910 einen Gesamtwert von 800 Millionen Mark, und der französische Anteil daran belief sich auf über 660 Millionen. Der Gesamtwert des marokkanischen Außenhandels ist bei geordneter Verwaltung und Erschließung in absehbarer Zeit zweifellos auf 1000 Millionen Mark zu bringen. Aber es wird sich kaum leicht eine sichere Bürgschaft dafür finden lassen, daß Frankreich, nachdem es sich einmal in Marokko festgesetzt und eingerichtet hat, die Gleichberechtigung anderer Nationen wahrt. Das liegt ganz außerhalb der französischen Traditionen und des französischen Charakters. Frankreich wird bei einem Außenhandel Marokkos von 1000 Millionen Mark sicherlich — nach dem Vorbild Algiers — einen Anteil von 800 Millionen für sich beschlagnahmen, und da sich die Ausfuhr nicht so vollständig monopolisieren läßt, wird es namentlich in der Einfuhr ganz unvergleichlich viel günstiger gestellt sein, wie alle anderen Nationen zusammengenommen. Für Deutschland aber ist, wie wir nachgewiesen haben, die Sicherung eines jeden erreichbaren Stückes Ausfuhr ein Stück Existenzsicherung. Wir sind nicht so gestellt, daß wir bald hier, bald da auf solche Sicherung verzichten können. Auch wenn es sich im Einzelfall nur um einige Millionen handelt — in Marokko aber könnten es viele Millionen werden —, so sind diese Millionen doch Blut von unserem Wirtschaftskörper, und es macht wahrhaftig keinen Unterschied, ob man uns dies Blut einmal in einem großen Strom, oder ob man es uns nach und nach durch hundertfache Aussperrung aus kleinen Märkten abzapft.

Soweit sich in den Augusttagen die deutsch-französischen Ver-

handlungen übersehen ließen, konnte die Regelung der Marokkofrage darauf hinauslaufen, daß Frankreich zwar die Gleichberechtigung des deutschen Handels zugesteht, also keinerlei Vorzugszölle und Vorzugstarife für sich einführt, daß ihm aber politisch und finanziell ziemlich unumschränkter Spielraum gelassen wird. Auch in diesem Falle würde die Einbuße des deutschen Handels noch sehr wesentlich sein, denn die politische und finanzielle Kontrolle in den Händen französischer Beamter würde natürlich dazu führen, daß auch bei gleichen Fracht- und Zolltarifen und bei gleichem Recht des Bodenerwerbs der französische Finanzmann, Unternehmer oder Kaufmann und das französische Einfuhrgut stets einen gewaltigen Vorsprung behalten. Auch wenn alle Schikanen gegen deutsche Interessenten vermieden würden, was aber durch keinen Vertrag gesichert werden kann und an sich unwahrscheinlich ist, würde Frankreich bei einer derartigen Regelung ganz unvergleichlich günstig dastehen. Es würde außerdem jede ihm notwendig erscheinende Regelung der Grenzverhältnisse und des Grenzverkehrs mit Algier durchsetzen können, und darüber hinaus uneingeschränkten Zugang zum weiten, schon jetzt auf der Landkarte französisch gefärbten Hinterland Marokkos gewinnen. Es würde aller Wahrscheinlichkeit nach bei der Finanzierung, beim Bau und Betrieb der großen nordwestafrikanischen Bahn Tanger—Dakar die erste Rolle spielen und dieses große Beschleunigungsmittel des südafrikanischen Verkehrs finanziell sehr gut im Interesse seiner zahlreichen kleinen und größeren Sparer ausnutzen. Dazu kommen die großen politisch-militärischen Vorteile eines lückenlosen Kolonialgebietes, Vorteile, die auch für die Machtstellung Frankreichs in Europa nicht unwesentlich sind, weil sie eine größere Konzentration der französischen Machtmittel gestatten und unter Umständen sogar zur Verstärkung des französischen Heeres durch afrikanische Truppen führen können. Allen diesen französischen Errungenschaften gegenüber wäre eine Abtretung des französischen Äquatorialafrika südlich und östlich von Kamerun bis zum Schari hin nicht viel mehr als eine Anweisung auf die Zukunft. Der Außenhandel des französischen Kongogebietes hat im Jahre 1909 noch keine 23 Millionen Mark betragen. Das ganze Gebiet ist noch so gut wie unerschlossen, und es würde 20—30 Jahre dauern, große Aufwendungen erfordern und

leider wahrscheinlich auch noch zahlreiche Kämpfe kosten, bis aus dem französischen Kongogebiet das gemacht worden wäre, was der Natur seines Bodens, seines Klimas und seiner Bewohner nach aus ihm vorderhand überhaupt zu machen ist.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen sind dann die Sicherheitsleistungen Frankreichs für die wirtschaftliche Gleichberechtigung der Anderen in Marokko größer, die Entschädigungen Deutschlands im französischen Kongogebiet kleiner geworden. Die Regelung wird also allem Anschein nach weniger radikal und dafür komplizierter. Die Befürchtung ist nicht von der Hand zu weisen, daß dadurch bei aller papierenen Vorsicht die Keime zu neuen Konfliktmöglichkeiten am Leben erhalten werden. Immerhin würde wenigstens für Jahrzehnte ein tragfähiger Boden geschaffen werden, und die Zeit würde weitere Entwicklungsmöglichkeiten ausreifen lassen.

Sicher bleibt daher nur eins: Der augenblickliche Ausgleich wäre bestenfalls die Forträumung eines bedrohlichen und auf die Dauer unerträglichen Interessenkonfliktes, aber keineswegs die vollständige Befriedigung berechtigter deutscher Ansprüche, keineswegs die ausreichende Sicherung des deutschen Bedarfs an kolonialen Domänen. Deutschland müßte und könnte sich um der Erhaltung des Friedens willen zunächst mit einem derartigen Ausgleich zufrieden geben, in der Erwartung, daß auch der vorläufig noch unentwickelte und daher einstweilen wenig wertvolle Besitz zwischen Kamerun und der von Norden wie von Süden her obendrein stark verkleinerten Oubangui-Kongo-Linie auf die Dauer von Jahrzehnt zu Jahrzehnt an Wert gewinnen muß. Aber eine wirkliche Besserstellung in seiner kolonialen Versorgung im Vergleich zu dem gleichzeitig in Marokko stark wachsenden Frankreich würde dadurch noch nicht herbeigeführt werden. Frankreich würde nach wie vor über ein bei weitem größeres und namentlich zurzeit noch bedeutend wertvolleres Kolonialreich verfügen als Deutschland — obwohl es ihm an Bevölkerungskraft und damit Versorgungsbedürftigkeit stark nachsteht.

Alles das sind vollkommen klare und übersichtliche Verhältnisse. Wenn der französischen und englischen Regierung, wenn großen Teilen des französischen und englischen Volkes Blick und Maßstab dafür fehlen, dann ist dadurch Ursache zur größten Besorgnis gegeben. Das deutsche

Volk wünscht wohl in seiner Gesamtheit, abgesehen vielleicht von einer ganz geringen Zahl gewissenloser Kriegsinteressenten, daß der Friede erhalten bleibe. Der Krieg zwischen Kulturvölkern ist eine furchtbare Sache, ein Krieg zwischen den westeuropäischen Völkern wäre darüber hinaus noch eine schwere Gefährdung gemeinsamer Interessen der Außenwelt gegenüber. Aber gesichert kann der westeuropäische Völkerfriede nur werden, wenn an die Stelle der nationalistischen und kapitalistischen Vertretung von Sonderinteressen die sozialistische Anerkennung der Lebensbedingungen aller Beteiligten gesetzt wird. Darum ist ein solches Schachergeschäft, wie es jetzt zwischen Deutschland und Frankreich um Marokko und den französischen Kongo betrieben wird, nur ein Notbehelf. Auch die deutschen Sozialisten müssen erkennen lernen, daß es von deutscher Seite aus ein berechtigter Notbehelf ist, und müssen sich dazu durchringen, daß sie aller inneren deutschen Interessengegensätze und aller wohlbegründeten Beschwerden gegen eine kapitalistisch-oligarchisch geleitete Regierung ungeachtet um der Zukunft der gesamten deutschen Volkswirtschaft willen in diesem Punkt die Befriedigung der deutschen Ansprüche mit durchsetzen helfen. Solange die Existenz der deutschen Arbeiter von der Ausdehnung der deutschen Geschäftsbeziehungen abhängt, reicht es nicht aus, wenn man nur den Kampf um den Anteil am Arbeitsertrag führt. Der Ertrag und die Arbeit selbst müssen gesichert werden, und darum müssen alle Versuche, die deutsche Volkswirtschaft einzuschnüren, auch von der deutschen Arbeiterklasse bekämpft, alle notwendigen Maßregeln, die deutsche Volkswirtschaft auszudehnen, auch von der deutschen Arbeiterklasse unterstützt werden. Über den gegenwärtigen uns aufgezwungenen Notbehelf im Marokkostreit hinaus aber muß dafür gesorgt werden, daß die gesamte Auslandspolitik Deutschlands und dazu — in enger Verbindung mit Deutschland — die Auslandspolitik der westeuropäischen Industriestaaten überhaupt statt des nationalistischen und kapitalistischen einen sozialistischen Charakter erhält. Über die sozialistischen Grundsätze industriestaatlicher Auslandspolitik haben wir uns im Einleitungskapitel bereits geäußert, zahlreiche Einzelhinweise bereits in den vorhergehenden Kapiteln gegeben. Es bleibt uns noch übrig, etwas über ihre Anwendung auf die praktischen Probleme der kolonialen Versorgung zu sagen.

Die sozialistische Lösung

Auch eine glückliche Lösung der akuten Schwierigkeiten von 1911 darf uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß in der Völker- und Staatengruppe, die die Westhälfte Europas ausfüllt, immer wieder von neuem Verlegenheiten ähnlicher Natur auftauchen müssen. Die großen Unterschiede in der kolonialen Versorgung, die wir ausführlich geschildert haben, bleiben bestehen. Ob Frankreich und England aus der gegenwärtigen Situation die Lehre ziehen werden, daß es ein aussichtsloses Beginnen ist, dem deutschen Anspruch auf Gleichberechtigung entgegentreten zu wollen, bleibt fraglich. Wie immer sie sich verhalten mögen, es kann kein Entgegenkommen von ihrer Seite erwartet werden, solange sie über die Bedürfnisse und Ansprüche Deutschlands nicht orientiert sind. Aber Deutschland steht mit seiner ungenügenden kolonialen Versorgung nicht allein da. Von den Verhältnissen Österreich-Ungarns haben wir bereits gesprochen, für Italien bleibt noch so gut wie alles zu wünschen übrig. Auf der andern Seite stehen Frankreich, England und Portugal als ganz unverhältnismäßig begünstigte Kolonialbesitzer da. In Asien und in Amerika ist ein Ausgleich weder zu wünschen, noch zu finden. Alles, was geschehen kann, muß in Afrika geschehen. Da vergleiche man nun die Rollen. Es besitzen in Afrika:

Großbritannien	unmittelbar	5 774 844	
	Ägypten	2 970 275	8 745 119 qkm
Frankreich	unmittelbar	6 072 882	
	Marokko	456 000	6 528 882 „
Deutschland			2 412 900 „
Portugal			2 069 961 „
Italien			490 110 „

Frankreich verfügt außerdem noch über die ihrem wirtschaftlichen Wert nach schwer abzuschätzenden, geographisch ungeheuer ausgedehnten Gebiete der westlichen und mittleren Sahara. Selbst wenn die französisch-deutsche Auseinandersetzung von 1911 dazu geführt hätte, daß Deutschland Französisch-Äquatorialafrika erhält (und anderenfalls kann

es die französische „Tunifikation" von Marokko nicht dulden), wäre das Mißverhältnis noch übermäßig groß geblieben. Und so, wie die Regelung in Wirklichkeit stattfindet, kann Deutschland überhaupt kaum von nennenswerten Neuerrungenschaften sprechen. Ein halbwegs befriedigender Zustand würde für Deutschland nur dadurch zu erreichen sein, daß eine Ablösung wesentlicher Teile des portugiesischen Kolonialbesitzes stattfinden könnte. Vorschläge solcher Art zu machen, ist immer bedenklich, weil zahlreiche Faktoren erst bei genauester Kenntnis aller Verhältnisse richtig beurteilt werden können. Aber ganz im allgemeinen und ohne jede Verbindlichkeit würde sich vielleicht sagen lassen, daß die Lage Deutschlands weniger beunruhigend und seine koloniale Versorgung bedeutend gebessert sein würde, wenn es in Ostafrika über das portugiesische Gebiet bis zum Sambesi und Shire hinunter und in Westafrika über die gegenwärtigen portugiesischen Distrikte Mossamedes und Benguella verfügte. Das alles sind noch sehr unentwickelte Gebiete, die erst im Laufe von Jahrzehnten ihren vollen Wert gewinnen könnten. Aber immerhin, diese Gebiete würden mit dem übrigen deutschen Kolonialbesitz zusammen wenigstens eine einigermaßen genügende Grundlage für die Entwicklung dauernd gesicherter Aus- und Einfuhrbeziehungen abgeben. Reichen die übrigen Außenhandelsverbindungen Deutschlands noch zwei Jahrzehnte hin, so ließe sich inzwischen aus den dermaßen vergrößerten kolonialen Domänen vielleicht so viel machen, daß die immer wieder zu erwartenden Stillstände oder Rückgänge anderer Aus- und Einfuhrländer ausgeglichen werden könnten. Die Gefahr, die der deutschen Volkswirtschaft durch die industrielle Verselbständigung mancher seiner Abnehmer, durch die Bevorzugung seiner Konkurrenten in deren Einflußgebieten, durch die Ablenkung von Zufuhren bisheriger Lieferanten nach Nordamerika, Ostasien oder Australien hin droht, wäre dann wesentlich verringert.

Aber auch Italien wird auf die Dauer mit seinen bisherigen Kolonialgebieten nicht auskommen, und auch dann noch nicht, wenn es ihm gelingt, seinen Einfluß in Tripolis zu vergrößern und zu befestigen. Italien wird nicht immer auf den gegenwärtigen Zustand angewiesen bleiben wollen, der darin besteht, daß es dem übrigen Westeuropa Erdarbeiter, Argentinien Erntearbeiter liefert. Eine bessere Versorgung Italiens wäre beispielsweise dadurch denkbar, daß es das französische

und britische Somaliland übernimmt und dadurch im Verkehr mit Abessinien den Vorrang erhält. Wollte England als Gegenwert das portugiesische Gebiet zwischen dem Nyassa-Protektorat und Südrhodesien, Frankreich das portugiesische Guinea beanspruchen, so wäre dagegen kaum etwas einzuwenden.

Aber gegen alle derartigen Vorschläge kann man mit Recht den Vorwurf politischer Phantasien erheben. Es kann uns an dieser Stelle gar nicht darauf ankommen, den westeuropäischen Schiedsrichter spielen zu wollen, da eine derartige Rolle auf jeden Fall sehr undankbar wäre. Worauf es uns allein ankommt, ist die allerstärkste Hervorhebung der unbestreitbaren Tatsache, daß Länder wie Italien und Deutschland im Vergleich zu ihren Bedürfnissen und im Vergleich zu den riesigen Besitzungen Englands und Frankreichs über alle Maßen schlecht dastehen, und daß eine Kolonialmacht wie die portugiesische keinerlei Anspruch darauf erheben kann, viel höher entwickelten Ländern kraft seiner zufälligen historischen Besitzerschaft großer Kolonialdomänen als Vertreter berechtigter Ansprüche gegenüberzustehen. Dafür in England und Frankreich Verständnis zu erwecken, ist die einzig sichtbare Möglichkeit zu einem halbwegs befriedigenden Ausgleich. Bleibt die bisherige nationalistische und kapitalistische Behandlung der internationalen Probleme in Geltung, dann müssen mit Notwendigkeit immer wieder neue Beunruhigungen entstehen. Urplötzlich taucht irgendein bis dahin kaum geahnter Anspruch auf, andere fühlen sich verletzt, bedroht, es beginnt ein diplomatisches Feilschen und Schachern mit den Bajonetten im Hintergrunde, die Zeitungen machen lärmende Kampfmusik dazu, und ehe man sich dessen versieht, steht Europa am Rande des Abgrundes. Das ist der führenden Kulturvölker nicht würdig. Aber man kann diese Dinge nicht beseitigen, wenn man sich darauf beschränkt, von Fall zu Fall zu operieren, oder wenn man gar die ungeheuer wertvolle und notwendige Friedenspropaganda ohne Rücksicht auf die tatsächliche Situation durch bloßen Protest gegen die Kriegshetze und bloße deklamatorische Proklamierung eines abstrakten Friedenswillens wirksam zu gestalten sucht. Das eine tun die europäischen Diplomaten, das andere tun die europäischen Arbeiter unter dem Einfluß unverständiger scheinradikaler Führung. Beide arbeiten sich unbewußt gegenseitig in die

Hände, und den Schaden trägt ganz Europa einschließlich in erster Linie der europäischen Arbeiterklasse.

Das sozialistische Verfahren ist demgegenüber, die Lage und Bedürfnisse aller Einzelglieder der westeuropäischen Staatengemeinschaft zur Kenntnis und zur Anerkennung zu bringen, und das heißt in diesem Fall, den Anspruch der Dreibundmächte auf Gleichberechtigung zu vertreten. Gewiß ließe sich auch eine andere und radikalere Regelung der Verhältnisse denken: Die Zollunion der westeuropäischen Staatengemeinschaft. Käme diese Zollunion zustande, dann wären nicht nur die kolonialen, sondern auch viele andere Schwierigkeiten beseitigt. Es wäre deshalb nur aufs lebhafteste zu begrüßen, wenn die westeuropäische Arbeiterbewegung die Herbeiführung der Zollunion in ihr Programm und in ihre Agitation aufnähme. Aber einmal sind die Ansichten über die Zollfrage noch wenig geklärt, und dann ist es auch eine einfache geschichtliche Erfahrung, daß große geschichtliche Neubildungen mit den hier allein in Frage kommenden friedlichen Mitteln nur langsam und schrittweise erreicht werden. Die westeuropäische Zollunion wäre eine weltgeschichtliche Neubildung allerersten Ranges und von allergrößter Tragweite. Bis die Verhältnisse und die Menschen dafür reif werden, kann noch eine Weile dauern. Haben sich die westeuropäischen Völker erst einmal in einer so großen und so wichtigen Frage wie der kolonialen sozialistisch verständigt, sind dadurch langjährige Reibungen glücklich beseitigt, dann gelingen weitere Verständigungen vielleicht schneller. Darum schließt die Sicherung kolonialer Gleichberechtigung das größere Ziel keineswegs aus, sondern ebnet den Weg zu ihm, schafft aber auch gleichzeitig Garantien für den Fall, daß der Weg sich noch lange hinzieht. Und diese Garantien müssen da sein. Sie sind auch für den anderen Fall notwendig, daß selbst die Sicherung der kolonialen Gleichberechtigung nicht ohne weiteres durch friedliche Verständigung zu gewinnen ist. Darum wäre es kein unsozialistischer Schritt, kein Rückfall in nationalistische Tendenzen, keine Unterstützung kapitalistischer Sonderinteressen, wenn die Arbeiter der kolonial benachteiligten Länder Deutschland und Italien in der gegenwärtigen Situation erklären würden: Wir sind für den Frieden, aber nur für einen Frieden auf der Grundlage der Gleichberechtigung. Wir sind es der Zukunft unseres

Volkes, der Zukunft unserer Kinder schuldig, daß wir die koloniale Sicherung der benachteiligten Volkswirtschaften erstreben und durchsetzen, mögen die Hindernisse so groß sein wie sie wollen, mögen sie kommen, von wem sie wollen! Das wäre nicht nationalistisch und nicht chauvinistisch, weil es ein einfacher Akt der Selbstverteidigung wäre. Es wäre national in dem Sinne, in dem die Arbeiterbewegung für die Sicherung der Lebensbedingungen eines jeden Volkes einzutreten verpflichtet ist, und wäre darum ein Schritt, ein gegenwärtig notwendiger und erfolgreicher Schritt zum Sozialismus hin.

Täten vor allem die deutschen Arbeiter in der gegenwärtigen Situation diesen Schritt, dann würden die herrschenden Klassen in Frankreich und England gewahr werden, daß sie mit ihren nun seit mehr als einem Vierteljahrhundert fortgesetzten Versuchen zur Einschnürung des deutschen Wirtschaftslebens an die Grenze des Möglichen gekommen sind, und sie würden endlich einmal sich überlegen müssen, wohin die Fortsetzung dieser Einschnürungspolitik schließlich führen muß. Dann würden aber auch weite Schichten des deutschen Volkes, die der Arbeiterbewegung feindlich gegenüberstehen, obwohl sie den kulturellen Aufstieg der Arbeiter wünschen, sich zum engen und dauernden politischen Anschluß an die Arbeiterbewegung entschließen können. Tun aber die sozialistischen deutschen Arbeiter den notwendigen Schritt nicht, dann haben sie es sich selbst zuzuschreiben, wenn sie bei den übrigen zur demokratischen Mehrheitsbildung nötigen Teilen des deutschen Volkes kein Vertrauen gewinnen, sondern dauernd zur Minderheitspartei verdammt bleiben. Es ist dann ihre Schuld, wenn die nationalistisch gesinnten Schichten die Führung behalten — um sozialistisch notwendige Forderungen der auswärtigen Politik gegen die Arbeiter durchzusetzen, aber darüber hinaus vielleicht gleichzeitig unberechtigte und unverantwortliche Sonderinteressen im Innern und nach außen hin zu betreiben. An der sozialistischen Arbeiterbewegung liegt es, ihr Schicksal zu entscheiden. Versagt sie, so verdammt sie sich selbst zur Opposition und zur Einflußlosigkeit. Tut sie, was notwendig ist, dann kann sie schnell ungeahnte Erfolge auch im Innern erzielen. Hier gibt es nur ein Entweder — Oder!

Inhalt

1. Sozialistische Grundsätze der Auslandspolitik 1
2. Die Lebensinteressen der Industriestaaten 5
3. Die Bedeutung der Kolonien 12
4. Die Verteilung des Kolonialbesitzes 21
5. Das wachsende Mißverhältnis 32
6. Die Aussperrung der Dreibundmächte 40
7. Die Situation von 1911 53
8. Die sozialistische Lösung 59

Druck der Spamerschen Buchdruckerei in Leipzig

Eugen Diederichs Verlag in Jena

Staatsbürgerliche Flugschriften

Herausgegeben von Dr. Hanns Dorn

Eduard Bernstein, Von der Partei zur Sekte. Die deutsche Sozialdemokratie einst und jetzt. br. M. —.80.

Emil Felden, Zur Trennung von Kirche und Staat M. —.80.

Gerhard Hildebrand, Sozialistische Auslandspolitik. br. M. —.60.

Heinz Potthoff, Soziale Rechte und Pflichten. M. 1.–

Martin Rade, Mehr Idealismus in der Politik. M.–.80

Es schließen sich an:

Herbert von Berger, Konservative Kräfte.

Wilhelm von Blume, Aufgaben der Kommunalpolitik

Hanns Dorn, Die Frauenarbeit und ihre gesetzgeberischen Aufgaben.

Bernhard Harms, Deutschlands Stellung in der Weltwirtschaft.

Jakob Rießer, Aufgaben und Ziele des Hansabundes.

Stresemann, Die Aufgaben des Nationalliberalismus.

Alfred Vierkandt, Das Bekenntnisrecht des Beamten.

Léon Zeitlin, Ideale der Produktionspolitik.

Die „Staatsbürgerlichen Flugschriften" wenden sich an einen Kreis von Lesern, die die Fragen des öffentlichen Lebens nicht mit Formeln oder Schlagwörtern abtun wollen, sondern in denen das Bedürfnis nach ernster und sachlicher Orientierung über solche Probleme erwacht ist, und die aus der Einsicht in den Staat einen Weg finden wollen zum Willen für den Staat. Die Auffassung vom Staat als einem Feinde des Individuums rückt mehr und mehr in die Vergangenheit; und es erwacht die Erkenntnis, daß der Einzelne nur im Staat und durch den Staat etwas zu sein vermag. „Mir kommt kein Besitz ganz rechtmäßig, ganz rein vor, als der dem Staat seinen schuldigen Teil abträgt." Diese Goethesche Auffassung von der Pflicht des Einzelnen zum Staat beginnt lebendig zu werden. Ohne Unterschied der Partei werden von berufenen Kennern Einzelfragen des öffentlichen Lebens behandelt. Gelehrte, Politiker und Führer im praktischen Wirtschaftsleben bieten das Beste ihrer Erkenntnisse und Erfahrungen dar.

Politische Bibliothek

Herausgegeben von E. Bernstein, H. Dorn und G. F. Steffen

Gustav F. Steffen, Die Demokratie in England.
H. G. Wells, Die Zukunft in Amerika.
Lloyd George, Bessere Zeiten.
Graham Wallas, Politik und menschliche Natur.
Gustav F. Steffen, Der Weg zu sozialer Erkenntnis.

Jeder Band kart. M. 3.—, geb. M. 4.—.

Theodor Barth, Gesammelte Aufsätze.
Hanns Dorn, Die Ethik der Arbeit.
Jean Jaurès, Die neue Armee. 2 Bde.
David Koigen, Die Kultur der Demokratie.
Lu Märten, Die Künstler und der Staat.
Ramsay Macdonald, Sozialismus und Regierung.
Max Maurenbrecher, Der Arbeiter und die Religion.
Otto Most, Das Bevölkerungsproblem.
O. Poensgen, Die englische Verfassung und Verwaltung.
Heinz Potthoff, Liberalismus als Weltanschauung.
Helene Simon, Kind, Familie und Staat.
Ernst Sieper, Probleme des Schulwesens.
Franz Staudinger, Kulturaufgaben der Politik.
Gustav F. Steffen, Irrwege zur sozialen Erkenntnis.
Albert Thomas, Die Demokratie in Frankreich.
Sidney Weeb, Die Verhinderung der Armut.
Robert Wilbrandt, Sozialismus und deutsche Politik.

Die beiden ersten Bände von G. Steffen und H. G. Wells sind berufen, solche als Leser zu gewinnen, die bisher dem politischen Leben ablehnend gegenüberstanden, sie lesen sich so interessant wie Romane. Es handelt sich bei ihnen ebensowenig wie bei den folgenden Bänden darum, daß man sich über das Ausland orientiert, sondern, daß wir durch Vergleich mit den Ländern älterer parlamentarischer Entwicklung die Kernfragen schärfer sehen, auf die es für das eigne Land ankommt. In England ist die Politik in engem Zusammenhang mit religiösen, kulturellen und sozialen Interessen und in Amerika stehen große Schattenseiten des Lebens dicht neben zukunftverheißenden Ansätzen. Des bekannten Ministers Lloyd George Reden informieren über die Ursachen der politischen Umwälzung in England, Wallas behandelt das neue Gebiet des politischen Instinktlebens. Steffen, von der Kritik der „soziale Arrhenius des Nordens" genannt, gibt mit dem „Weg der sozialen Erkenntnis" dem Gebildeten eine eigne feste Stellung zum Sozialismus, die über den Marxismus hinausführt.

Gaylord
PAMPHLET BINDER
Syracuse, N. Y.
Stockton, Calif.

DATE DUE

UC SOUTHERN REGIONAL LIBRARY FACILITY
A 000 659 496 4